Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 49. Sonnabend, den 3. Dezember 1910. 14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegung n. — Unfallversicherung in der Reichstagskommission. — Erfreuliche Bestrebungen. — Organisation der Jugendlichen. — Aus dem Mayener Steinbruchsgebiet. — Einheitsformat der Pflastersteine. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Aus der Steinindustrie. — Rundschau. — Doppelsinnig. — Gedicht: In Reih und Glied. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Wiederbelebung der verscharrten Zuchthausvorlage. — Ist der Zentralverband der Steinarbeiter eine sozialdemokratische Gewerkschaft? — Wirtschaftliche Rundschau. — Die Fleischteuerung. — Die Alkoholiker in der Krankenkassenstatistik. — Die Zustände im deutschen Fabrikwohnungswesen. — Literarisches.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Grethen: Firma Hüttich. — Königsberg: Granitwerk Eckart. — Posen: Firma Rosenthal.

Im Granitbezirk des Odenwaldes **(Heppenheim, Kirschhausen, Sonderbach, Hemsbach)** sind wegen einseitiger Auslegung des Bezirkstarifs, soweit die Brecherarbeit in Frage kommt, etwa 340 Verbandsmitglieder ausständig. — Herr Bräuer will in Hauzenberg und Herr Rüth im Unterfränkischen und in Böhmen Streikbrecher anwerben. Sie haben es besonders auf christlich-organisierte Steinarbeiter abgesehen. — Wie uns telegraphisch gemeldet wird, sollen aus Hauzenberg 15 Arbeitswillige nach dem Odenwald abgedampft sein. — Den Leuten war sicherlich bekannt, daß sie als Raußreißer fungieren sollen.

Baumholder. Die Firma Burger verlangt, daß ihre Arbeiter aus dem Verbande **austreten und die Bücher** abgeben sollen. **Zuzug ist zu vermeiden.**

Oppach. Die Granitfirma Tempel & Mainhold ist wegen Tarifreduzierung gesperrt. Die Firma scheint „Winterlöhne" einführen zu wollen.

Hauzenberg. Der Unternehmer Franz Kinateder nahm im Pflastersteinbruch zu Niederbrünst Lohnkürzungen vor; die Kollegen stellten die Arbeit ein.

In **Ebelsbach** und **Zeil a. M.** sind die Differenzen bei der Fa. Winterfeld nach dreitägiger Arbeitsniederlegung beigelegt. Die Firma gibt in Zukunft die Preise bei Beginn der Arbeit bekannt. Für einen Betrieb wird ein durchschnittlicher Tagesverdienst von 4.50 Mk. gezahlt, im andern gilt ein solcher von 4 Mk. für die qualifizierten Arbeiter.

Demitz-Thumitz. Die Differenzen bei der Firma Döcke u. Forcke sind für die Kollegen günstig erledigt.

Reinheim. Die Firma Jakob u. Komp. in Wersau ist gesperrt. Die Firma nahm Maßregelungen vor.

Dresden. Das Granitwerk von Keil u. Ko., Leipziger Straße 31, ist gesperrt. Es wurde den Kollegen zugemutet, billiger zu arbeiten, was selbstverständlich abgelehnt wurde. Daraufhin wurden sämtliche Steinmetzen, welche in Meißen wohnen, entlassen. Es kommen nur verheiratete Kollegen in Betracht.

Schweiz. Gesperrt sind: Basel für Kunststeinarbeiter; Surava für Tuffsteinarbeiter. — Zürich: Marmorfirma Schneebeli.

Oesterreich. Lohndifferenzen bestehen in Karlsbad, Nixdorf, Olmütz und Cilli.

Unfallversicherung in der Reichstagskommission.

Der große Gesetzentwurf der Arbeiterversicherung, die Reichsversicherungordnung, teilt die einzelnen Versicherungszweige, soweit nicht ein gemeinsames Verfahren und einheitliche Vorschriften für den organisatorischen Aufbau in Betracht kommen, in drei große Gruppen ein: die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung; der letzteren ist der neue Zweig der Versicherung, die Hinterbliebenenversicherung, angegliedert. Die Reichstagskommission, die sich während der Vertagung des Reichstags mit der Beratung des Gesetzentwurfs zu beschäftigen hatte, konnte ihre Arbeiten nicht beenden, sie mußte sich mit einer ersten Lesung der Vorlage begnügen und erledigte nunmehr vor einigen Tagen die zweite Lesung der Unfallversicherung, der außer der Reihenfolge als am wenigsten strittiges Objekt der Vorrang in der Beratung gestattet wurde.

Das gegenwärtige Gesetz enthält den großen Fehler, daß die Versicherungspflicht für zahlreiche Handwerksbetriebe ausgeschlossen ist. Das Bestreben der Sozialdemokraten ging dahin, diese Lücke im Gesetz zu beseitigen, **um eine Versicherungspflicht für alle Arbeiter zu erzielen.** Dem Einwand, daß das Handwerk diese Kosten nicht tragen könne, wurde entgegengestellt, daß schon heute für **einige Handwerksbetriebe**, z. B. Schlosser, Schmiede, Fleischer usw., die Versicherungspflicht besteht und dort die Lasten getragen werden. Wo indes keine erhebliche Unfallgefahr besteht, werden die Lasten für die Versicherung auch gering sein. Da aber die Regierung hier entschiedenen Widerspruch erhob und die Konservativen, Nationalliberalen und das Zentrum ihre Uebereinstimmung mit der Regierung bekundeten — was übrigens sehr oft noch im Laufe der Verhandlungen geschah —, so wurde der Antrag abgelehnt und nur einige kleine Erweiterungen der Versicherung vorgenommen. Es bleibt somit bei der schweren Ungerechtigkeit, daß ein Arbeiter, der im Handwerksbetrieb einen Unfall erleidet, keinen Anspruch auf Ersatz des Schadens hat. Da eine allgemeine Hineinbeziehung des Handwerks nicht zu erzielen war, so beantragten die Sozialdemokraten, für einige Gewerbszweige die Versicherungspflicht auszudehnen. So wurde für die Gast- und Schankwirtschaft, für die Feuerwehr und für den Bühnenbetrieb die Versicherungspflicht verlangt mit dem Hinweis, daß im Reichstag für die beiden letzteren Berufe wiederholt **von den Konservativen und dem Zentrum** die Versicherungspflicht gefordert wurde. **Die Vertreter dieser Parteien lehnten nunmehr ihre eigene Forderung ab und brachten die Anträge zu Fall.** —

Ausgedehnt wurde der Umfang der Versicherung nur auf den Gerbereibetrieb, die Binnenfischerei und die Eisgewinnung. Die gleiche ungünstige Aufnahme fand der Versuch, für die Betriebs- und technischen Beamten die Grenze der Versicherungspflicht auf 5000 Mk. zu erhöhen. Der weitergehende Antrag der Sozialdemokraten, überhaupt nicht nach dem Gehalt eine Grenze zu ziehen, sondern alle Beamten der Versicherungspflicht zu unterstellen, fand von keiner bürgerlichen Partei Unterstützung. Gegen ein Heraufsetzen der Versicherungsgrenze erklärten sich die Volkspartei, die Nationalliberalen und die Konservativen. Da hier die Beschlußfassung ausgesetzt ist, so bleibt abzuwarten, ob die bürgerlichen Parteien ihre Stellungnahme noch ändern.

Eine weitere Ausdehnung der Entschädigungspflicht sollte mit dem Hineinbeziehen der Gewerbekrankheiten erzielt werden. Seit vielen Jahren erhoben die Seeleute mit Recht den Vorwurf, daß sie bei der Ausübung ihres Berufs schweren Erkrankungen ausgesetzt sind, die oft dauerndes Siechtum zur Folge haben. Zu diesen Erkrankungen gehören: gelbes Fieber, Skorbut usw. Diese Erkrankungen müssen als Betriebsunfälle bezeichnet werden, da sie nur der Eigenart des Betriebes und der Betriebstätigkeit zur Last fallen. Indes die Rechtsprechung hat hier die Entschädigung auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes abgelehnt und in der Kommission des Reichstags schlossen sich dem Verlangen der Sozialdemokraten nur die Freisinnigen an. Die Arbeitervertreter wollten nicht nur die Berufskrankheiten der Seeleute entschädigt wissen, sondern auch alle andern typischen Berufskrankheiten. Es sei nur erinnert an die schweren Gefahren, die Beschäftigung in Blei- und Zinkhütten, in chemischen Fabriken und im Bergbau, um zu erkennen, wie berechtigt das Verlangen ist, und daß es sich um Industrien handelt, die bei ihrer rücksichtslosen Vernichtung von „Menschenmaterial" die Verpflichtung haben müßten und auch materiell in der Lage sind, die Entschädigung der Arbeiter zu übernehmen. **Auch die Berufskrankheit der Steinarbeiter soll als Gewerbekrankheit angesehen werden und unsre kranken Kollegen sollen dann eine Unfallrente erlangen können.** In der neuen Reichsversicherungsordnung findet aber leider diese Forderung keine Aufnahme. Um aber den Schein zu erwecken, daß etwas geschieht, verlangte schließlich das Zentrum, daß es dem Bundesrat **überlassen bleibt**, bestimmte Gewerbe- und Berufskrankheiten zu benennen, die nach den Entschädigungssätzen der Unfallversicherung einen Anspruch begründen. **Da aber die Vertreter des Bundesrats dankend diese Verpflichtung ablehnten** und auch die Konservativen und Nationalliberalen sich als entschiedene Gegner der Forderung bekannten, so dürften, wenn die Bestimmung Gesetz wird, **der praktischen Anwendung erhebliche Hindernisse entgegenstehen.**

Die Höhe der Rentenbemessung blieb unberührt, eifrig bemühte sich nur der Abg. Semler (nat.-lib.), die Regierungsvorlage dahin zu verschlechtern, daß den Hinterbliebenen durch Unfall getöteter Ausländer keine Rente gewährt wird und der Ausländer, der Unfallrenten erhält, aber wieder nach dem Ausland zurückkehrt, mit dem dreifachen Jahresbetrag der Rente abgefunden wird. Diese Bemühungen, die von den Konservativen im wohlverstandenen agrarischen Interesse unterstützt wurden, gehen darauf hinaus, die sozialen Lasten für die Betriebe, die heute ständig Ausländer im erheblichen Maße beschäftigen, herabzudrücken, um damit einen neuen Anreiz für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter zu geben.

Ein Versuch, die Mitbeteiligung der Arbeiter an der Rentenbemessung innerhalb der Berufsgenossenschaften zu erwirken, scheiterte an dem sehr entschiedenen Widerstand der Konservativen und Nationalliberalen, die übrigens treue Bundesgenossen bei allen Maßnahmen blieben, die Verschlechterungen der Vorlage zur Folge hatten, oder wenn es sich um Anträge handelte, die eine Besserstellung der Arbeiter in ihren Ansprüchen bezweckten, gemeinsam die Bekämpfung betrieben. Der Zentralverband deutscher Industrieller wird erkennen müssen, daß sein Rüffel geholfen hat und die Nationalliberalen ganz im Sinne seiner scharfmacherischen Tendenzen einschwenkten.

Das zeigte sich auch bei Beratung der Bestimmungen über die Dienstordnung der Angestellten. Herr Semler glaubte, alle Autorität des Vorstands der Berufsgenossenschaften komme ins Wanken, wenn die Angestellten vor Erlaß der Dienstordnung über ihre Wünsche gefragt werden. Man muß nur die Reden der Herren Bassermann und Stresemann im Reichstag über ihr Wohlwollen gegenüber den Privatangestellten lesen, um den weiten Abstand ermessen zu können, der zwischen den Worten und Taten dieser Politiker zu finden ist.

Noch mehr Entrüstung löste aber die Forderung bei den Herren aus, daß nach einer Dienstzeit von fünf Jahren der Angestellte nur aus einem „wichtigen" Grunde entlassen werden darf. Ganz offen erklärten die Herren, bei den Krankenkassen habe man dafür gestimmt, aber den Berufsgenossenschaften könne das nicht zugemutet werden, die müssen das Recht haben, jederzeit den Angestellten zu entlassen. Die Staatsbeamten natürlich haben sich ihre Dienstordnungen ganz anders ausgestalten lassen, die sind beinahe unabsetzbar.

Die neue Reichsversicherungsordnung bringt nur teilweise Besserungen, so viel läßt jetzt die Kommissionsarbeit schon erkennen. Die Steinarbeiter haben an der Ausgestaltung jener Verordnung natürlich ein großes Interesse. — Die Angelegenheit wegen der Berufskrankheit werden wir natürlich vor die Tribüne des Reichstags bringen.

Erfreuliche Bestrebungen.

Wer heute einen Friedhof besucht, dem fallen unwillkürlich die marktschreierischen, polierten, aber recht einförmigen Denkmäler auf. Ob man in München, Darmstadt, Leipzig oder in Dresden den Friedhöfen einen Besuch abstattet, überall strotzt einem dasselbe unästhetische Bild entgegen. Der schwarze und rote Stein dominiert, und der Hauptwert wird nur auf die Profilierung und Politur gelegt. Die künstlerische Wirkung ist nebensächlich, sie kann ja nicht zur Geltung kommen, weil die Herstellung jener Denkmäler massenweise betrieben wird; von jeder Katalognummer wandern mindestens etliche Dutzend in die weite Welt hinaus. Und so erstickt man in unsern Friedhöfen vor Pyramiden, Obelisken und Hügelsteinen. Der Grabmalfabrikant A. gestaltet seinen Musterkatalog wie sein Konkurrent B. Nur in der Profilierung ist der Unterschied beliebt, damit man sich gegenseitig nicht Plagiatur vorwerfen kann. — Vor den Friedhofstoren sind die Grabmalsverkäufer stationiert, jedes Denkmal ist nach dem Katalog signiert, die Verkäufer preisen die Dutzendware an, als wenn man sich auf der Leipziger Herbstmesse befände.

Einsichtsvolle Kreise in der deutschen Steinindustrie haben nun auch eingesehen, daß mit der bisherigen, ganz eigenartigen, rein schablonenhaften Denkmalsproduktion schnellstens gebrochen werden muß, wenn die Verwendung des Naturgesteins nicht einen enormen Rückgang erleiden soll. —

Als Steinarbeiter begrüßen wir es mit großer Genugtuung, daß drei namhafte süddeutsche Firmen durch eine hervorragende, allseitig anerkannte künstlerische Unterstützung die Herstellung von Grabdenkmälern betreiben wollen. Bisher haben die meisten Monumentalfabrikanten die Zeichnungen durch halbgebildete technische Kräfte selbst herstellen lassen. Auf den Baugewerkschulen — wir sprechen da aus Erfahrung — wird das Entwerfen von Grabdenkmälern nicht im geringsten geübt. Wo sollen nun auf einmal die mittleren Techniker den künstlerischen Schwung hernehmen, hervorragende Entwürfe liefern zu können. Brachte einmal ein findiger Kopf einen guten Entwurf heraus, so wurde er gewiß Gemeingut der deutschen Kataloge, aber man wollte und durfte sich nicht als Plagiator erwischen lassen und so wurde der gute Entwurf umgeeselt, damit die eigene, neue technische Idee zum Vorschein kommen sollte.

Die Deutschen Steinwerke in Eltmann (Nachfolger der Gebrüder Vetter), die Marmorwerke Kiefer in Kiefersfelden und die Granitwerke Gebrüder Kerber in Büchlberg haben ein epochemachendes Musterbuch herausgegeben, welches wir mit gutem Gewissen sehr günstig zensieren können. Am 16. Juli 1909 erließen die vorgenannten Firmen ein Preisausschreiben, um künstlerische Entwürfe zu erlangen. Schon die aufgestellten Preisrichter gaben die Gewähr, daß ein scharfer Wettbewerb einsetzen würde. Als solche fungierten folgende künstlerische Kapazitäten: Professor Dr. Fischer, Architekt; Dr. A. v. Hildenbrand, Bildhauer, und Baurat Hans Grässel-München. Letzterer gab unsres Wissens den Fingerzeig zur Errichtung des bekannten Waldfriedhofs in München. Jene Neuerung möchten wir im Friedhofswesen kurz mit dem Ausdruck Renaissance belegen. (Auf den Waldfriedhof kommen wir in einem Spezialartikel noch zurück.)

Die von der Preisjury anerkannten Entwürfe wurden nun zu einem Musterbuch zusammengestellt, welches, nebenbei erwähnt, in künstlerischer Beziehung eine geradezu vornehme Ausstattung aufweist. Und der Steinmetz hat seine helle Freude daran, wenn er die vorgeführ-

ten Entwürfe beschauen kann. Zwar sind die Formen einfach, aber die architektonische Wirkung ist immer eine sehr beträchtliche. Die vielen Profile weisen die Entwürfe eines Baur, Biber, Kraus, Schmid, Saatler usw. natürlich nicht auf. (Die bisherige Dutzendware war natürlich nur auf die sogenannte „Einhalt“-, auch Konterschablone genannt, zugeschnitten.) Davon zeigen die Entwürfe der genannten Künstler keine Spur.

Wir haben die Empfindung, daß die Künstler die Monumentformen der früheren Zeit zu Studienzwecken auserkoren haben und somit zeichnerisch das beste brachten. Das ist es ja, was im Musterbuch so anheimelnd wirkt, daß man auf die älteren Formen wieder zurückgegriffen hat, und daß insbesondere die Entwürfe dem Gestein angepaßt sind. —

Bei den sogenannten „modernen“ Denkmälern, welche in künstlerischer Beziehung sehr „unmodern“ aussehen, war die Wirkung auf die Profilgliederung, auf das Detail gelegt. Und auf diese Weise wurden die geradezu abschreckendsten, oftmals direkt abstoßenden Formen erzielt. — Das Preisrichterkollegium ging mit Recht von der sehr richtigen Anschauung aus, der Schmuck darf die Gesamtwirkung nicht beeinträchtigen. Und das ist recht so. Wenn beispielsweise der entwerfende und der bauende Architekt die herzustellenden Häuser erst durch eine überladene, bizarre Fassade zur Wirksamkeit bringen will, so fehlt ihm sicherlich die zeichnerische und schöpferische Kraft, ein Bauwerk mit wenigen architektonischen Hilfsmitteln wirksam und kraftvoll zu gestalten. Und genau so steht es, wenn die vielseitige Gesimsgliederung erst das ersetzen soll, was dem Grabmalsentwurf in seiner Massivität fehlt. —

Mit vielem Geschmack hat C. Sattler einen Hügelstein entworfen, der geradezu gelungen in seiner Wirkung genannt werden muß. — Auch die Kreuzform ist von dem Künstler sehr gut veranschaulicht worden. Allerdings, wir sehen in keiner Zeichnung, daß geschnittene Kreuze zur Verwendung kommen könnten, denn nach den Entwürfen zeigt eben der ganze Stein das entsprechende Motiv. —

Im Vorwort sagt Georg Roemer mit Recht, daß auf die Grabesinschriften großer Wert gelegt werden muß. Die Schrift soll gewissermaßen den Schmuck des Denkmals darstellen. Wir können nur unterschreiben, wenn das Sandstrahlgebläse die beteiligten Firmen nicht zulassen wollen. Der günstigste Entwurf, die individuelle Behandlung durch den Steinmetzen kommt einem Denkmal nicht genügend zugute, wenn die Schrift schon von weitem erkennen läßt, daß sie mit maschineller Kraft hergestellt ist. Unsre Leser mögen nur einmal die „geblasenen“ Inschriften näher betrachten; sofort fällt eine gewisse Eintönigkeit auf.

Recht wohltuend wirken die Entwürfe 23, 24, 25 und 26, von Lommel herrührend. Besonders gelungen ist ihm die Bekrönung der Denkmäler; die einfachen Linien wirken gewuchtig, nirgends kommt uns Ueberladung zu Gesicht. Und trotz der glatten Flächen ist es möglich, weil die Maßproportion eine recht harmonische ist, den Eindruck nachhaltig und wirksam zu gestalten. — Der Entwurf 15, von Biber herrührend, sucht sich der neuen Richtung anzuschmiegen, aber man merkt es, daß er nicht das richtige zu treffen vermag.

Hoffentlich bringt die Herausgabe des kostspieligen Kataloges auch den nötigen Erfolg. Wir können den beteiligten Firmen die Anerkennung nicht versagen, daß sie mit ihrem Vorgehen unter vortrefflicher künstlerischer Unterstützung in das Wirrwarr der Denkmalsproduktion allerdings mit rauher Hand eingegriffen haben. Aber diese Reinigung tut not, wenn die Kunststeinindustrie nicht förmlich — triumphieren soll.

Zum Schlusse noch eine besondere Bemerkung:

Für die Granitindustrie des bayrischen Waldes ergibt sich eine eigenartige Erscheinung. Dort unten finden wir vorzügliches Granitmaterial und einen äußerst guten, qualifizierten Stamm von Steinmetzen. Aber das gute Gestein, die tüchtigen und billigen Arbeitskräfte können die früher so blühende Industrie nicht mehr hochbringen. Die Verkehrswege sind schlecht; der bayrische Wald selbst liegt weit von den Industriezentren ab, **und so muß sich die Granitindustrie auf die Herstellung von Qualitätsware auf Denkmalsarbeiten einrichten, wenn sie zukünftig existenzfähig sein will.**

Sie wird im Anfang dieser Produktionsänderung trotzdem keinen leichten Stand haben, denn die Konkurrenz ist groß, und das gute bricht sich gewöhnlich nur langsam Bahn. — Der bayrische Staat und das Zentrum, diese beiden Faktoren, haben ruhig zugesehen, daß die Granitindustrie seit 20 Jahren immer mehr zurückging. Hunderte von Kollegen mußten das „liebe“ Vaterland verlassen, weil die kurzsichtig propagierte Verkehrspolitik nicht auf die Förderung der Granitindustrie des bayrischen Waldes zugeschnitten war.

Organisation der Jugendlichen.

Mit einem Eifer, der einer besseren Sache wert wäre, führt die Berliner Polizei in Verbindung mit den Gerichten einen Vernichtungskrieg gegen die Organisationen der Jugendlichen, der auch uns Veranlassung gibt, über die dringende Notwendigkeit der Organisierung der Jugendlichen einige allgemeine Ausführungen zu machen, deren Weiterverbreitung und praktische Anwendung auch von unsern erwachsenen Kollegen zum Vorteil unsrer jugendlichen Mitarbeiter betrieben und befolgt werden möge.

Alle politischen und unpolitischen gesellschaftlichen Kreise bemühen sich unausgesetzt, die Jugend für ihre Bestrebungen zu gewinnen und sie sich einander zu entreißen. Das kommt davon, daß stets und ständig die Hoffnung, daß die verfolgten Bestrebungen gelingen werden, zu einem guten Teile in die Jugend gesetzt werden muß, denn die jeweilige Jugend ist es, die in Zukunft die Geschicke der Menschheit lenken wird. Wer die Jugend hat, dem gehört auch die Zukunft. Das heißt: Wem es gelungen ist, die Jugend seinen Bestrebungen dienstbar zu machen, der kann mit Sicherheit darauf rechnen, daß diese Bestrebungen, wenn nicht schon zu seinen Lebzeiten, so doch später sich sieghaft durchsetzen werden. Diese Bestrebungen sind aber je nach der sozialen Stellung derjenigen, welche die Jugend ihren Zwecken dienstbar zu machen suchen, sehr verschieden und keineswegs immer zum Besten der Jugend. Solche Bestrebungen, die der Jugend zum Nachteil gereichen müssen — gleichviel ob früher oder später — kann man aber keine berechtigten nennen und sie verdienen, aufs schärfste bekämpft zu werden; die Jugend muß sich ihrem Einfluß mit aller Macht zu entziehen suchen. Desgleichen liegt es aber in ihrem Interesse, sich allen Bestrebungen, die ihr Vorteil bringen können, von ganzem Herzen anzuschließen. Das wird unsrer Jugend ohne besondere Begründung einleuchten. Viel schwerer ist es für sie aber, ihnen vorteilhafte Bestrebungen von ihnen unvorteilhaftesten zu unterscheiden und für die Unterstützung der ihnen nützlichen Bestrebungen die rechte Wahl zu treffen; denn jeder, der die Jugend für seine Bestrebungen gewinnen will, behauptet, daß sie dem Wohle der Jugend dienen sollen. Wir wollen heute deshalb versuchen, in möglichster Kürze zu zeigen, welchen Bestrebungen die Jugendlichen sich anschließen dürfen, und welchen nicht, wenn sie ihren Vorteil wahren wollen.

Da die Jugendlichen, an die wir uns wenden, unsre Arbeitskollegen sind, so versteht es sich von selbst, daß wir ihnen raten müssen, alle Bestrebungen zu den ihrigen zu machen, die das Wohl der Arbeiterklasse fördern sollen; denn erfüllen jene Bestrebungen ihren Zweck, so wird auch das Wohl der Arbeiterschaft, also auch der jugendlichen Arbeiter, gehoben. Unsre jungen Freunde müssen sich also allen Bestrebungen der Gewerkschaften anschließen, über deren Nutzen auch bei ihren Gegnern kein Zweifel besteht. Sie sollen sich aber auch den Bestrebungen widmen, die darauf hinauslaufen, die Arbeiter von aller Ausbeutung durch Nichtarbeiter zu befreien, denn dadurch würden die Arbeiter mit einem Schlage wirtschaftlich besser gestellt, demnach auch die Jugendlichen. Sie sollen weiter allen Bestrebungen huldigen, die ihr Wissen und Können hinsichtlich ihrer Betätigung in der Arbeiterbewegung erweitern können. Die Gegner der modernen Arbeiterbewegung bieten natürlich alles auf, der Jugend begreiflich zu machen, daß sie gut daran tut, jener Bewegung fernzubleiben. Sie wissen gegen dieselbe aber fast weiter nichts anzuführen, als daß sie vaterlandsfeindlich und international sei. In Wirklichkeit ist aber keine Bewegung vaterlandsfreundlicher als diese. Diese Bewegung erstrebt freilich nicht nur für ein Land die Befreiung der Arbeit von dem heutigen kapitalistischen Druck; sie erstrebt ihn, mit den gleichgesinnten Arbeitern andrer Länder vereint, für alle Länder. Da dies dem Vaterlande aber nichts schaden, sondern nur nützen kann, so ist diese Bewegung, weil sie international ist, d. h. in allen Kulturländern erstrebt wird, aber noch nicht vaterlandsfeindlich.

Genau so verhält es sich mit der Gewerkschaftsbewegung; wenn sie international ist, so deshalb, weil sie so am wirksamsten sein kann. Uebrigens kommt ihr internationaler Charakter bisher noch wenig zur Geltung. Doch solange die Gewerkschaftsbewegung noch rein national war, wurde sie von ihren Gegnern auch als vaterlandsfeindlich bezeichnet. Warum? — Weil es eine Bewegung ist, die den im Staate der vornehmlich Herrschenden, den ländlichen und den industriellen Kapitalisten, unbequem ist. Je mehr Lohn die Gewerkschaft für die Arbeiter erkämpfen kann und erkämpft, um so mehr muß der Unternehmer von seinem Profit, den er aus der Arbeit des Arbeiters zieht, unter Umständen ablassen. Und deshalb ruft man der Jugend, deren Tatkraft man noch mehr fürchtet als die der Erwachsenen, zu, sie solle den Gewerkschaften fernbleiben. Und weil das bisher noch nicht viel genutzt hat, da die Jugend wenn nicht die Einsicht, so doch das Gefühl hat, daß die Gewerkschaft ihre Interessen vertritt, so ruft man die Behörden gegen die Jugend auf, damit diese sie einschüchtern mögen, so daß sie von der Gewerkschaft ablasse. Deshalb erklärt man oft Versammlungen, die einen rein gewerkschaftlichen Charakter tragen, für politische, und weist die unter 18 Jahre alten Besucher aus der Versammlung aus.

Noch schlimmer ergeht es den Jugendvereinigungen, die keine gewerkschaftlichen, sondern nur Bildungsziele verfolgen. Man vermutet oder gibt vor, zu vermuten, daß in diesen Vereinigungen die Jugend über die Ziele des Sozialismus aufgeklärt werde; das würde sich nicht allein gegen das kapitalistische Wesen des heutigen Staates oder der heutigen Staaten, sondern auch gegen die Form derselben richten. Und ein Stück dieser Form sind die Ueberwachungsbehörden selbst. Sie fühlen also die Spitze der vermeintlichen Aufklärung der Jugend in den Jugendorganisationen gegen sich selber gerichtet — und suchen sie zu verhindern.

Alles, was gegen die Jugend unternommen wird, zeigt also, daß man in den leitenden Kreisen des Staates eine heillose Angst vor der Aufklärung der Jugend im Sinne der modernen Arbeiterbewegung hat; man fürchtet die Tatkraft der Jugend, und deshalb soll sie nicht durch Aufklärung in Tätigkeit gesetzt werden. Diese Furcht vor der geistigen Tätigkeit der Jugend muß dieser aber zeigen, wie wertvoll sie für die Jugend selber ist. Deshalb erstarkt auch die Jugendbewegung in allen Formen immer mehr — trotz aller Verfolgungen, denen sie ausgesetzt ist.

Und so muß es sein, wenn die Jugend alle Hoffnungen erfüllen soll, die das reifere Alter in sie zu setzen berechtigt ist.

Freilich, zu fürchten braucht niemand die Jugend; sie wird nichts dem Volke Schädliches tun, wenn sie vernünftig geleitet worden ist, und das geschieht ja auf Arbeiterseite. Die Jugend wird auch nichts Unrechtes — dem Volke Schädliches — tun, wenn sie in ihrem Denken, Fühlen und Handeln sozialistisch sein wird und so international wie das Kapital und die von ihm ausgehende wirtschaftliche und politische Knechtung aller Völker ist. Furcht vor der Jugend kann in diesem Falle nur von der Angst geboren werden, daß die Jugend vermöchte, eine Umwandlung der gesellschaftlichen Zustände in dem Sinne herbeizuführen, daß die Reichen ihr Schlemmerleben zum Teil zugunsten der heute darbenden Volksmasse aufgeben müssen. Die weniger selbstsüchtig gesinnten und handelnden Volkskreise müssen jeden Vormarsch der Jugend mit freudiger Genugtuung begrüßen.

Wir können unsern Verbandsmitgliedern nur dringend empfehlen, darauf hinzuwirken, daß die Steinmetzlehrlinge und jugendlichen Steinbruchsarbeiter den Jugendorganisationen zugeführt werden.

Aus dem Mayener Steinbruchgebiet.

Es wird uns geschrieben: Die Führer im christlichen Steinarbeiterverband sind außer Rand und Band. Als sie kürzlich gegen unsern Verband ein Pamphlet verbreiteten, da schmunzelten die Herren. Aber der „rote“ Verband ließ es an einer schnellen umfassenden Gegenantwort nicht fehlen und die 32 Seiten lange Flugschrift hat hier wie eine Bombe eingeschlagen. — Wiederholt konnten wir vernehmen: ja warum ist denn im christlichen Flugblatt nicht gesagt, daß der Leipziger Verband über **400 000 Mark** Vermögen besitzt? — Das „rote“ Flugblatt hat eine geradezu glänzende Aufnahme gefunden. Wir konnten einige Kollegen aus dem christlichen Lager beobachten, welche die einzelnen Kapitel drei- und viermal lasen. Die Christlichen sagten mehr wie einmal: **„Es ist traurig genug, daß nicht ein Zentrumsabgeordneter für eine schärfere Durchführung der Bundesratsverordnung eingetreten ist.“** Die christlich organisierten Kollegen können gegen eine solche Saumseligkeit der Zentrumsabgeordneten nicht das geringste tun. Das aber wissen wir, daß bei der jetzigen Session ebenfalls ein Zentrumsabgeordneter für die Steinarbeiter etliche verbindliche Worte im Reichstage übrig haben wird. Das wird unser Flugblatt bewirken.

Die hiesigen Steinarbeiter sind weiter sehr wenig darüber erbaut, daß im Keram- und Steinarbeiterverband nicht genügend Fachleute aus der Steinindustrie sitzen. — Wenig angenehm wird unter den Christlichen empfunden, daß sogar zwei Brüder im Keramarbeiterverband angestellt sind (Lechner I und II). Man kann nicht begreifen, daß nun gerade die Lechners so immens tüchtig sein sollen auf gewerkschaftlichem steinindustriellen Gebiet.

Viel belacht wird ferner, daß Herr Brendel im Flugblatt einmal richtig gekennzeichnet wurde. Die hiesigen Kollegen sagen sich: es ist eigenartig, wenn Brendel im Jahre 1908 nach Kassel zur Generalversammlung des roten Steinarbeiterverbands „pilgerte“, dort 6 Tage den Horcher markierte, sich dann die literarischen Erzeugnisse aushändigen ließ und hinterher diesen Verband schofel bekämpft. Die Kollegen meinen, daß Herr Brendel eine sonderbare Moralanschauung haben muß, wenn er denkt, sein Benehmen könne einwandfrei gelten. Wir sind der Meinung, den Steinarbeiterverband ehrt es sehr, wenn Brendel zugelassen wurde; ob das die Keramiker auch getan hätten, bezweifeln wir sehr.

Nun hat Herr Brendel soeben ein kleines Flugblatt herausgegeben. Und wie operiert der Wahrheitsapostel? Er nimmt auf das Finanzwesen des Steinsetzerverbands bezug, und verbindet damit unser Finanzgebaren. Brendel verquickt in seinem Flugblatt die Geschichte so, als hätte unser Verband in den letzten drei Jahren 36 000 Mk. Schulden abbezahlt.

Der Steinarbeiterverband hat natürlich keine Schulden abbezahlt, weil er solche Verbindlichkeiten nicht zu erfüllen hatte. Wenn Brendel in seinen Versammlungen etwa sagt, wir hätten 36 000 Mark Schulden gehabt unter der jetzigen Verbandsform, so verleumdet er wissentlich. Das ärgert den Herrn zu gewaltig, daß unser Verband finanziell so gut fundiert ist.

Vergleichen wir doch die Kassenbestände der beiden Organisationen:

Christl. Steinarbeiterverband (Sitz Köln) *	= 18 437.22 Mk.
Zentralverband deutscher Steinarbeiter (Sitz Leipzig) **	= 419 595.50 Mk.

Wir fordern Herrn Brendel, den bewunderungswürdigen Rechenmeister, auf, zu sagen, ob er in der Lage ist, behaupten zu können, daß unser Verband das angegebene Vermögen nicht besitzt. Redseliges Männl, raus mit der Sprache und keine Winkelzüge. Bruder Brendel, wir durchschauen deine Tricks.

Keine Schmeichelworte sind über die Herren Oswald und Geiß gefallen, welche vor Jahresfrist gegenüber einem Teile der Solnhofener Steinarbeiter Prügel empfohlen hatten. Diese „Bildungsarbeit“ der zwei Herren will unsern Kollegen nun gar nicht einleuchten. Hoffentlich kommt Oswald einmal zu uns und führt dann eine Prügelexekution vor. Sicherlich müßte das sehr ästhetisch wirken.

Die katholische „Mayener Volkszeitung“ speit über unser Flugblatt Gift und Galle. In einem längeren Geseiere schreibt das Blatt in der Nr. 268:

> Wir meinen, daß eine immer noch abwartende Stellung der maßgebenden Faktoren (!!) gegenüber einer Massenverbreitung solcher Lehren nicht am Platze ist. (Ahaha. Red. d. „St.“) Daß vielmehr alle, die dazu berufen (!) sind, mit einer entschiedenen Gegenwehr einsetzen müssen. — —

So, so schaugst raus, möchten wir ausrufen. Wer sind denn die maßgebenden Faktoren in Mayen, die uns niederreiten sollen? Wer ist denn berufen, die Steinarbeiter niederzuknüppeln? Vielleicht das Zentrum unter Assistenz der christlichen Sekretäre? Die hiesigen Steinarbeiter sehen aus der famosen Kundgebung der katholischen „Volkszeitung“, daß Zentrum und christliche Gewerkschaften eins sind.

Wir können bemerken, daß wir auch hier festen Fuß gefaßt haben, das Vertrauen zum Zentralverband ist sehr groß. — Im hiesigen Steinbruchgebiet gibt es viele Mißstände, die unter allen Umständen beseitigt werden müssen. Kollegen, wie steht es mit der Durchführung der Bundesratsverordnung? Wie miserabel ist die Entlohnung? — Darum hinein in den Zentralverband der deutschen Steinarbeiter (Sitz Leipzig).

Wenn wir unermüdlich tätig sind, dann muß es auch im Mayener Steinbruchsgebiet besser werden. g. n.

Anmerkung der Redaktion: Im Regensburger Anzeiger schimpft in einem Artikel anscheinend ein christlicher Gewerkschaftssekretär, der sonst nicht viel zu tun haben wird, ganz granatisch über die rote Flugschrift. Das darf als Beweis gelten, daß jenen Herren die arbeiterfreundliche Maske unverhohlen heruntergerissen wurde.

* Nach dem Stande des 31. Dezember 1909.
** Nach dem Stande des 3. Quartals 1910.

Einheitsformat der Pflastersteine.

Die Steinindustriellen bemühen sich schon längst, daß die Städte dazu übergehen sollen, für die Pflastersteine und Bordkanten sogenannte „Einheitsformate“ zu schaffen. Nun ist soeben eine Denkschrift der Berliner Kaufmannschaft herausgekommen, in der auf den Pflastersteinmarkt der Reichshauptstadt eingehend Bezug genommen wird. Wir heben aus derselben hervor:

„Große Mißstände hat die Verschiedenheit der ortsstatutarischen Bestimmungen über den Straßenbau zur Folge. Sie machen sich besonders fühlbar in den häufigen Fällen, wo eine Grenzstraße zwischen Berlin und einer Vorortgemeinde oder zwischen zwei Vorortgemeinden angelegt werden soll. Die Beseitigung dieser Schwierigkeiten kostet viel Zeit und erfordert eine genaue Kenntnis der einschlägigen Bestimmungen, die den an der Anlegung der neuen Straße interessierten Grundstücksbesitzern nicht immer eigen ist. Hieraus erwachsen dem im Grund und Boden investierten Kapital oft große Zinsverluste, da die Parzellen in den meisten Gemeinden erst bebaut werden dürfen und daher erst verkäuflich werden, wenn die Straße angelegt ist.

Unter den verschiedenen Vorschriften über das Straßenmaterial leidet ganz besonders das Straßenbaugeschäft. Als Beispiel haben die Aeltesten die verschiedenen Anforderungen an die Größe der Pflastersteine in den einzelnen Gemeinden zusammengestellt. Danach schwankt in den Gemeinden, von denen Angaben vorliegen, beim Reihensteinpflaster die Höhe zwischen 15—16 und 19—21 Zentimeter, die Breite zwischen 9—12 und 15—23 Zentimeter; bei den Granitbordschwellen schwankt die Höhe zwischen 25 und 50 Zentimeter, die Breite zwischen 7,5 und 30 Zentimeter, die Länge zwischen 30 und 150 Zentimeter. Die Breite der Granitplatten bewegt sich zwischen 1 und 2 Meter.

Diese Verschiedenheit verteuert die Herstellung der Straßenbaumaterialien. Durch gleiche Vorschriften für zahlreiche Gemeinden würde der Steinbruchbesitzer in die Lage versetzt, sich auf die Produktion weniger Sorten zu beschränken, und das Absatzgebiet jeder dieser Sorten würde sich bedeutend vergrößern. Der Steinbruchbesitzer wäre daher imstande, in stillen Zeiten auf Lager zu arbeiten, da er die Möglichkeit hat, Ware, die er in der einen Gemeinde nicht absetzen kann, in einer andern abzustoßen. Bei den heute bestehenden verschiedenen Vorschriften für die Abmessungen der Pflastersteine, wie der Bordschwellen in den einzelnen zum Bezirk Groß-Berlin gehörigen Gemeinden gehen aber viele Brüche erst dann an die Herstellung von Straßenbaumaterialien, wenn sie feste Aufträge erhalten. Naturgemäß führt dies zu höheren Preisen, die den Etat der Gemeinden unnötig belasten. Das schwer zu bearbeitende Material für den Straßenbau erfordert aber auch ferner eine langjährige Uebung des Arbeiters. Je mehr verschiedene Sorten von ihm geschlagen werden müssen, desto weniger Uebung (!) hat er bei jeder einzelnen Sorte. Die geringere Uebung und die sich daraus ergebende geringere Leistung des Arbeiters verteuert dann weiter naturgemäß die Herstellung der Ware, da bei Festsetzung der Löhne mit einem zu verdienenden Mindestlohn zu rechnen ist.“

Die Darstellung in jener Denkschrift „blendet“ nach Sachverständigkeit. Wir können uns aber den gemachten Ausführungen nicht anschließen. Der Arbeiter und auch der Unternehmer hat ein großes Interesse daran, daß mehrere Pflastersteinsorten hergestellt werden. Die verschiedensten Maße lassen es eben mi' Leichtigkeit zu, daß die Steine nach ihrer Größe verarbeitet werden. Sind in einem Steinbruch bloß 2 Sorten herzustellen, dann ist das ein Schaden für den Arbeiter, weil er die kleineren Stück

nicht verwerten kann. Es muß dann viel nach dem Bruchsteinhaufen wandern. Werden dagegen 5—7 Sorten gebraucht, so läßt sich jeder Rohstein gehörig ausnutzen. Der Bossierer verdient Geld, der Unternehmer hat wenig Abfall.

Die Denkschrift irrt auch bezüglich der Vorratarbeiten. Die Bayrische Granitaktiengesellschaft hatte vor etwa 20 Jahren auf ihren Werkplätzen mindestens 8000 Meter Randsteine auf Vorrat liegen, und zwar in den verschiedensten Querschnittgrößen. Heute bemerkt man vom Vorrat nichts mehr. Warum? **Die Konkurrenz unter den deutschen Granitfirmen ist enorm groß geworden.** Je schärfer der Wettkampf, desto gewagter ist es mit den Vorräten. Und wenn die „Einheitsformen" in Wirklichkeit kämen, dann würde 2—3 Jahre lang aufs Blaue hinein produziert. Und wenn es am Absatz mangelt, wäre die Folge, **daß Tausende von Berufskollegen entlassen würden.** Die kleinen Bruchbesitzer könnten bei einem solchen scharfen Wettbewerb ebenfalls nicht bestehen. Sicherlich würden dann auch noch die Preise gewaltig gedrückt werden. In diesem Punkt trifft die Denkschrift sicherlich das richtige.

Aber, daß die Löhne noch weiter gedrückt werden, daß könnten die Arbeiter unmöglich zugeben. Wir werden später Gelegenheit nehmen, darauf hinzuweisen, warum in der Granitindustrie die Löhne so schlecht sind.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Am Sonnabend, den 3. Dezember, ist der Beitrag für die 49. Woche fällig. Wir ersuchen, vor Quartalsschluß die Wochenbeiträge pünktlich zu bezahlen, damit die Abrechnungen selbst nach dem 1. Januar 1911 unverzüglich an die Hauptkasse eingesandt werden können.

In diesem Jahre müssen 53 Wochenbeiträge entrichtet werden. Wir machen darauf jetzt schon aufmerksam, damit in den Kollegenkreisen die nötige Klarheit herrscht. Die Wochenbeiträge sind für 1910 noch an folgenden Tagen fällig: am 3., 10., 17., 24. und 31. Dezember.

Beitragsfrei kann die letzte Woche schon deshalb nicht gelassen werden, weil ebenfalls die Unterstützungssätze bei Streiks, Krankheit, Maßregelung usf. laufend weiterbezahlt werden müssen.

Die 53. Beitragsmarke ist neben dem 52. Felde im Verbandsbuch und der Interimskarte zu kleben.

In der persönlichen Statistikkarte ist ebenfalls die Eintragung für die 53. Woche zu bewerkstelligen. Die Eintragung muß natürlich in der Rubrik unter Dezember erfolgen. —

•

In Eschershausen wurden die Steinmetzen W. Rünnemann, Rudolf Brunotte und K. Henze wegen Streikbruch aus dem Verbande ausgeschlossen.

Korrespondenzen.

Ammelshain (Bezirk Beucha). Am 27. November fand eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Als Referenten konnten wir den Zentralvorsitzenden P. Starke begrüßen. Er sprach über das Thema: Was lehren uns die großen wirtschaftlichen Kämpfe! Einleitend auf die zugespitzten politischen Verhältnisse hinweisend, schilderte der Referent die Entwicklung der Kämpfe zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Er kam zu dem Schluß, daß es jetzt ausgeschlossen sei, daß kleinere Betriebe selbständige Lohnbewegungen durchführen könnten. Die Praxis zeige, daß wir in Zukunft nur mit größeren Kämpfen zu rechnen haben. Der Kollege Starke zog die Lehre, daß wir nur durch geschlossene starke Organisationen imstande sind, der Willkür der Besitzenden einen Damm entgegenzusetzen. Ferner sei es aber auch eine unbedingte Notwendigkeit, daß bei unsern Aktionen die größte Disziplin gewahrt werde, denn eine gutdisziplinierte Organisation sei stets in der Lage, frohen Mutes der Zukunft entgegenzublicken. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion äußerten sich die Kollegen Schlegel und Steininger im Sinne des Vortrags. Unter Punkt 2 wurde von Schlegel der Kassenbericht gegeben, welcher ein sehr befriedigendes Resultat zeitigte. Zum Schluß wurden seitens der Kollegen noch verschiedene Mißstände gerügt. Von der Verwaltung wurde versprochen, diese zu untersuchen resp. für deren Abhilfe zu sorgen. Die Versammlung nahm einen sehr guten Verlauf. Die Anwesenden zeigten reges Interesse bei der Erledigung der einzelnen Tagesordnungspunkte. Die Organisation hat hier in der letzten Zeit sehr gute Fortschritte gemacht. Tue auch in Zukunft jeder seine Pflicht.

Heidingsfeld. Am 20. November tagte im Lokal Ulrich eine Bezirksversammlung der Kalksteinarbeiter, die sehr gut besucht war. Kollege Lohse referierte im 1. Punkt über: Die Wirkungen des Tarifs. Er sowie alle nachfolgenden Diskussionsredner konstatieren, daß leider die Auslegung des Tarifs von seiten der Unternehmer zu ständigen Reibereien führen und dadurch der von seiten der Unternehmer nach dem Tarifabschluß im Würzburger „General-Anzeiger" so viel gepriesene soziale Frieden sehr oft Störungen unterworfen ist. Hauptsächlich die Bossenzulagen, Wiederkehrungen, schräge und mehrfach gekrümmte Flächen sowie die Rutenberechnung erhalten von den Unternehmern eine Auslegung, wie man sie von Fachleuten nicht erwartet hätte. Die Versammlung erwartet baldigstes Eingreifen der Schiedskommission. Sodann erstattet Staudinger sein Referat über den Vorstandsantrag: Verschmelzung der Zahlstellen des Kalksteingebiets. Staudinger plädierte ganz energisch für den Antrag. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß der Posten des Gauleiters am 1. Januar aufgehoben und an dessen Stelle ein Bezirksleiter gesetzt werden soll. Die Kosten hätten zum Teil die Kalksteinarbeiter, zum Teil die Zentrale zu tragen. St. ist der Ansicht, daß jetzt der geeignetste Zeitpunkt zur Verschmelzung der Zahlstellen sei. Die Diskussionsredner jedoch sind der Meinung, daß diese Frage für das hiesige Gebiet noch einer Klärung bedarf. Gerade jetzt sei der Gauleiter durch den Tarifabschluß und dessen schlechte Durchführung mit Arbeit überhäuft. Prinzipiell dagegen ist kein Diskussionsredner, und dürfte sich diese Frage in geeigneter Zeit noch im Sinne des Vorstandsantrages erledigen lassen.

Kappelrodeck. Sonntag, den 13. November, fand in Ottenhöfen eine Versammlung statt. Als Referenten waren erschienen Kollege Braun und Guglichminotti, Sekretär der Steinarbeiter in Tessin. Beiden Referenten wurde Beifall gezollt. Von seiten der italienischen Kollegen wurde angefragt, was man mit den Unorganisierten tun soll. Guglichminotti regte an, Listen zirkulieren zu lassen, worin sämtliche Indifferente eingetragen werden sollen mit Angabe des Geburtsorts usw. Die Listen sollen ihm dann zugesandt werden, und er wird die Sache dem italienischen Steinarbeiterverband unterbreiten. Die Bundesratsverordnung wird hier schlecht durchgeführt. Da viele Kollegen mit dem 6 Uhr-Zuge abfahren mußten, wurde die Versammlung frühzeitig geschlossen und zwar mit dem Wunsche, Kollege Guglichminotti möchte im Frühjahr wiederkommen. Sein Referat machte einen sehr guten Eindruck. Es wäre auch einmal Zeit, daß sich verschiedene deutsche Kollegen organisierten und nicht freitragende Stufen zu 14—15 Mark pro Stück machten, welche laut Tarif 17.86 Mark kosten.

Kirchberg. In der am 27. November abgehaltenen Mitgliederversammlung ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, dahin zu wirken, daß auch die gewohnheitsmäßigen Versammlungsschwänzer in Zukunft sich mehr an der Organisationsarbeit beteiligen sollen. Hierauf sprach Kollege Walther-Leipzig über: Die Aufgaben des Steinarbeiterverbandes. Redner legte an vielen Beispielen dar, daß es nur durch eine stramme Organisation möglich sei, die Verhältnisse der Steinarbeiter zu verbessern. Gerade in der Hartstein-Industrie würden zum größten Teil noch Arbeitslöhne gezahlt, welche man mit Recht als Hungerlöhne bezeichnen könne. Um diese Uebelstände zu beseitigen, ist es aber notwendig, daß jedes Mitglied die Organisationsarbeit nach Kräften fördert. Walther schilderte nun eingehend die Berufsverhältnisse in der Granitindustrie; er kam auch auf die häufige Unfallgefahr zu sprechen. Besonders die Schießvorschriften werden sehr lax durchgeführt. Zum Schlusse zeigt der Redner, wie unser Verband an Mitgliedern zugenommen habe. Das Referat fand große Aufmerksamkeit und lebhaften Beifall. Hierauf erledigte man die Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung sowie einiger Kartelldelegierter. Der neugewählte Vorsitzende ermahnte die Kollegen, ihn ebenfalls in seinem Amte möglichst zu unterstützen, denn nur dadurch werde es möglich sein, nach Jahresschluß ein befriedigendes Resultat vorlegen zu können.

Kirchenlamitz. Eine öffentliche Versammlung tagte am Sonntag, den 27. November, im Deutschen Hause. Der Arbeitergesangverein Marktleuthen begrüßte die Anwesenden mit einem Lied: Empor zum Licht! Frau Erber-Nürnberg referierte. Sie verstand es, in 1½stündigem Vortrage die Anwesenden zu fesseln, und wies darauf hin, wie die Arbeiter durch die Profitsucht der Unternehmer ausgebeutet werden, und was noch übrig bleibe, ließen sich Agrarier und Großgrundbesitzer in die Taschen gleiten. Die heutige Freiheit, von der wir immer hören, bedeutet nicht Willensfreiheit des einzelnen, sondern Zwang in jeder Beziehung. Die Profitsucht der Unternehmer fragt nicht danach, was aus den einzelnen Arbeiterleben wird, sondern die Maschinen stehen ihm höher. Wenn die Arbeiter etwas erreichen wollen, dann müssen sie sich zusammenschließen. Allerdings wird es nicht immer so leicht gehen, aber durch Zusammenhalt läßt sich manches erreichen, was der einzelne nie zustande bringt. Die Rednerin schildert dann noch die indirekten Steuern, geißelt die Schnapsliebesgaben und fließt unter lebhaftem Beifall mit dem Hinweis, daß dem Arbeiter nur ein Feind gegenübersteht: der Kapitalismus. Die Debatte war sachlich. Ist es nicht geradezu beschämend, wenn von den rund 400 Steinarbeitern, die allein in Kirchenlamitz in Frage kommen, erst ein ganz kleiner Bruchteil der Organisation angehört. Die übergroße Mehrheit steht dem wirtschaftlichen öffentlichen Leben vollständig fremd gegenüber. Selbst die Unternehmer lernen einsehen, daß ohne eine Organisation der Arbeiter nicht mehr auszukommen ist. Bei Arbeitsvergebungen werden ihnen Preise mit dem Hinweis diktiert, daß ja die Arbeiter nicht organisiert seien, und infolgedessen die Löhne herabgesetzt werden können, wenn sie nicht dabei auskommen. Unter diesen Zuständen leiden nicht nur die Arbeiter, auch die Unternehmer sind in Mitleidenschaft gezogen. Trotz aller dieser Gründe, die den Arbeitern bekannt sind, konnten sich nur wenige dazu aufschwingen, den Indifferentismus abzulegen und die Aufnahmescheine zu unterschreiben. Ein kleiner Stamm alter, treuer Mitglieder ist vorhanden; mögen sie nicht ruhen und rasten, bis auch der letzte Mann von Kirchenlamitz organisiert ist; denn nur dann ist es möglich, die überaus traurigen Zustände zu ändern. Die Unterstützung der auswärtigen Kollegen werden sie gewiß jederzeit haben, das hat auch die letzte Versammlung bewiesen, denn ein sehr großer Teil der Anwesenden war von auswärts.

Königsbrück. Sonntag, den 20. November, tagte in Mochwitz eine Mitgliederversammlung, welche sehr gut besucht war. Der Kassenbericht vom 3. Quartal wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden; der Kassierer wurde entlastet. Einem Beschluß des Gewerkschaftskartells zufolge, neue Bücher anzuschaffen, wurde zugestimmt. Weiter wurde vom Kartell eine Petition an den hiesigen Stadtrat eingereicht betr. Errichtung eines Volksbades. Die Kollegen vom Platze Pötzsch berichten, daß sie durch die im August verhängte Sperre es erreicht haben, eine Abschrift von dem bestehenden Tarife am 1. Dezember zu bekommen. Gleichzeitig wurde bekannt gegeben, daß die Unternehmer am 10. November eine Versammlung abhielten, worin beschlossen wurde, die an der Spitze stehenden Kollegen zu entlassen und zu Weihnachten den Tarif zu kündigen. Ob es soweit kommen wird, muß nun abgewartet werden. Die hiesigen Kollegen werden auf ihrem Posten sein. Die Unternehmer glauben wohl, mit den Arbeitern Schindluder treiben zu können; besonders die Firma Paul Eisold leistet sich großes in der Sache. Dort haben die Kollegen schon öfter keinen Lohn mehr erhalten; an Wochentagen bekommen sie nichts wie Grobheiten zu hören. Kommt aber der Sonnabend, dann wird geschmeichelt, um die Arbeiter mit ein paar Mark Abschlag abzuspeisen. Die Kollegen sind deshalb nicht in der Lage, ihre Beiträge zu bezahlen. Wie steht es aber mit der Bundesratsverordnung bei Eisold? Die Arbeitsbuden sind ungenügend, teilweise so, daß es unmöglich ist, bei schlechtem Wetter darin zu arbeiten. Schreiber dieses war selbst einmal dabei, wie genannter Unternehmer Anfang August von seiten der Gewerbeinspektion aufgefordert wurde, eine Barriere um seinen Steinbruch anzubringen; es ist aber bis heute noch nichts geschehen. Und wie sieht es in der Frühstücksbude aus? Ein Saustall ist ein Salon dagegen! Gegen derartige Mißstände muß energisch Front gemacht werden. Um den Mißständen abzuhelfen, wurde ein Antrag angenommen, daß von seiten der Steinarbeiter ein Kollege in die Bauschutzkommission gewählt werden soll, welcher vorhandene Mißstände dort zu melden hat. Im Punkt Verschiedenes wurde das Schnapstrinken in einigen Betrieben scharf kritisiert. Pflicht der organisierten Kollegen ist es, dahin zu wirken, daß derartige Trinkgelage von der Bildfläche verschwinden. Daß solche Arbeiter den Unternehmern noch die liebsten sind, geht daraus hervor, indem sich manche Arbeitgeber selbst an den Saufereien beteiligen. Zum Schluß wurde allseitig der Wunsch ausgesprochen, in allernächster Zeit eine öffentliche Versammlung stattfinden zu lassen, wozu als Referent Kollege Staudinger erscheinen soll.

Niederlamitz. Unsre Versammlung vom 27. November war sehr gut besucht. Kollege Gnichtel gab den Kassenbericht. Es wurde ihm Decharge erteilt. Gnichtel, welcher sein Amt niederlegen wollte, wurde wiedergewählt. Da in der Umgebung noch sehr viele Steinarbeiter zu gewinnen sind, so wurde eine Agitationskommission gebildet. Es ist zu erwarten, daß wir dementsprechende Fortschritte machen mit dieser Neuerung. — Bezüglich des Ausgangs der letzten Arbeitseinstellung wurde eine scharfe Resolution angenommen. Vor Schluß der Versammlung erschien auch Kollege Rückerl-Schwarzenbach, welcher zurzeit als Bezirksvertrauensmann fungiert.

Roßbach. Am 15. November fand hier eine gutbesuchte Versammlung statt. Gauleiter Mittenmeier referierte über die von ihm vollzogenen Tarifabschlüsse. Zum Schluß legte er den Kollegen klar, warum sich die Arbeiter gewerkschaftlich organisieren müssen. (Lebhafter Beifall.) Im Punkt Verschiedenes sprach der Vorsitzende über örtliche Verhältnisse. In unsrer Zahlstelle haben wir seit kurzer Zeit über 40 Neuaufnahmen zu verzeichnen; das ist ein Beweis, daß unser Verband hier ein großes Vertrauen besitzt. Die Christlichen können hier absolut nichts unternehmen. Allerdings sehr viel Aufklärung ist hier schon noch notwendig, aber mit einemmal ist eben die Intelligenz nicht zu schaffen.

Steinen bei Lörrach. Der Winter ist gekommen und mit ihm zugleich auch der Arbeitsmangel. Das wird anderorts auch so sein oder so kommen, daß die Kollegen sich nach einer andern Tätigkeit umschauen müssen. Da ist es denn notwendig, die Kollegen in diesem Falle (bei andrer Erwerbstätigkeit) daran zu erinnern, daß sie trotzdem den Pflichten unserm Verbande gegenüber nachzukommen haben. Da etliche Kollegen noch der Meinung sind, wenn sie etwas anderes arbeiten, aber dennoch bis zu 4 Mk. verdienen, könnten sie Erwerbslosenmarken kleben. Diese Meinung ist falsch und auch nicht ehrlich. Erstens prellen sie den Verband um die Beiträge und zweitens schaden sie sich selber. Denn nur nach den vollen geleisteten Beiträgen fällt auch die Unterstützung aus. Und da ist es die Krankenunterstützung, die gerade im Winter manchem Kollegen zugute kommt. Deshalb zahle jeder Kollege, wenn er auch weniger als sonst verdient, seine vollen Beiträge. Leider gibt es bei uns noch Kollegen, die ihre Pflichten ganz vergessen. In diesem Falle ist es der Auchkollege Emil Zimmer, gebürtig von Lauf, welcher gestrichen werden mußte. Allerdings scheint er sich nichts daraus zu machen, denn er sagte: Wenn ihr mich auch streicht, aber nicht ausschließt, so ist das nicht schlimm." Jedenfalls glaubt er, das sei eine Ehrung und weiß nicht, daß er aller Rechte verlustig ist. Hoffentlich werden ihm die Nebenkollegen das besser erklären.

Ziegelanger. Am 23. November tagte in Ebelsbach eine sehr gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Kollege Staudinger, der auf der Rückreise vom Muschelkalksteingebiet begriffen war, hielt ein inhaltsreiches, temperamentvolles Referat über das Thema: Gewerkschaftlicher Aufstieg. Zum Schlusse schilderte dann der Redner in recht übersichtlicher Weise den Stand der bayrischen Steinindustrie, und wie unser Verband besonders mit seiner Tarifpolitik Erfolge aufweisen könnte. In Bayern arbeiten jetzt etwa 3000 Kollegen unter tariflich geregelten Verhältnissen. Der Muschelkalksteintarif darf als Vorläufer für den Tarifabschluß des unteren und oberen Mainsandsteingebiets angesehen werden. In Ebelsbach müsse unser Verband das alte Vertrauen wieder bekommen; auch die Kollegen müssen zukünftig die Maßnahmen der verantwortungsvollen Instanzen mehr würdigen. Die Unternehmer, die vor Jahren gern mit Maßregeln drohten, müssen heute auch hier einsehen, daß der Steinarbeiterverband seinen Mitgliedern das Koalitionsrecht nicht nehmen läßt. — Dann ging der Referent auf das famose christliche Flugblatt ein. Mit vielem Humor zerpflückte Staudinger das christliche Lügengewebe. Es erregte stürmische Heiterkeit, als er die „Sachverständigkeit" der Herren Fromm, Lechner usw. den Versammelten in unsrer derben bayrischen Art vorführte. — Der Referent schloß mit einem zündenden Appell an die Kollegen, dessen eingedenk zu sein, daß auch endlich hier das wilde Akkordsystem beseitigt werden müsse. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. — Im Verschiedenen wurde kritisiert, daß hier die Errichtung eines Gewerbegerichts so lange hinausgeschoben wird. Die Redner meinten, in Fluß sei die Frage schon längst. Zu diesem Punkte wurde einstimmig — auch die anwesenden christlich Organisierten stimmten dem bei — nachstehende Resolution angenommen: „Die am 23. November äußerst stark besuchte Steinarbeiterversammlung bedauert, daß bezüglich der Errichtung eines Gewerbegerichts die Regierung so unentschieden handelt. Die Anwesenden sind der Meinung, daß nun endlich für unsern ländlichen Bezirk, welcher mit einer starken Steinindustrie durchsetzt ist, eine derartige Einrichtung geschaffen wird. — Die Gewerbegerichte sind geeignet, den Arbeitern, also den wirtschaftlich Schwächeren, bezüglich der Rechtsauslegung auf gewerblichem Gebiet einen starken Rückenhalt zu leisten. In der Steinindustrie, wo Lohndifferenzen nichts Seltenes sind, könnte viel Erregung und Erbitterung vermieden werden, wenn gewerbegerichtliche Urteile gefällt würden. — Die Anwesenden geloben, unermüdlich für die Errichtung eines Gewerbegerichts auch fernerhin einzutreten."

Der Vorsitzende dankte für den zahlreichen Besuch; er freute sich, daß trotz der schlechten Witterung die Kollegen sich vom Versammlungsbesuch nicht abhalten ließen. Mit einem warmen Appell, das Gehörte zu beherzigen, schloß er die imponierende Versammlung.

Aus der Steinindustrie.

Submissionsresultate: Die Steinmetzarbeiten für den Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Museums in Krefeld, verteilt in drei Losen, sind kürzlich ausgeschrieben worden. Folgende Offerten gingen ein:

	Los 1 Mk.	Los 2 Mk.	Los 3 Mk.
Franz Xaver Michels, Andernach a. Rhein	10 440	—	—
Anton Keller-Mungenast, Köln	10 360	29 290	4400
Gebrüder Spuler, Atsenz (Rheinland)	—	29 000	4120
Johannes Ohlig, Andernach a. Rhein	10 360	29 365	4620
Hessische Steinbrüche, Lohndorf (Hessen)	11 440	—	—
Deutsche Steinwerke C. Vetter, Eltmann am Main	8680	33 650	4720
Michael Lückes, Köln	8000	31 200	4700
Steinbruch Aktien-Gesellschaft, Köln	—	28 504	4550
W. Berentelg, Telgte (Westfalen)	8200	43 500	5660
Jakob Pickel u. Comp., Cottenheim (Rhld.)	9100	—	5800
J. Stahlenburg, Niedermendig (Rhld.)	9400	—	4120
Rüthener Sandsteinwerke, Rüthen	9600	34 650	7200
Josue Löb, Mayen (Rheinland)	9602	—	—
Westdeutsche Eisenbahngesellschaft, Köln	10 040	33 740	4460
H. Zorn Söhne, Köln	10 360	33 490	4940
D. Zervais Söhne, Köln	10 460	—	—
Breidenbacher Steinbrüche, Kassel	—	34 050	—
A. Arnolds, Düsseldorf	10 500	36 910	4530
Bachem u. Comp., Königswinter a. Rh.	10 860	40 390	5000
Philipp Holzmann u. Comp., Frankf. a. M.	11 460	36 750	5200
Karl Winterheld, Miltenberg a. Main	11 200	35 440	5180
J. Höch, Cordelen	—	29 180	—
Hakenbrock, Rieden	—	—	3800
Peter Scharnbach, Niedermendig (Rhld.)	—	—	4340
Portz, Rieden	—	—	3960

Es fällt auf, daß sich an der Submission so viele Firmen beteiligt haben.

Die Firma Kreuzer u. Böhringer wird ungemütlich. Kürzlich tagte in Lindenfels (Odenwald) eine stark besuchte Bürgerversammlung, welche zur Steinbruchsverpachtung Stellung nahm. Die genannte Firma will mit der Pachtsumme nicht höher gehen; die Bürger sagen sich aber mit Recht, daß die ungeheuer reich gewordenen Fabrikherren eine höhere Pachtsumme berappen können. Die Firma will nun nicht daran, tiefer in den Geldbeutel zu greifen; sie droht sogar mit einer Betriebsverlegung. Diese Drohung klingt geradezu lächerlich für den, der nur einigermaßen von den tatsächlichen Verhältnissen Bescheid weiß. Es soll ja auch nur ein Bluff sein, denn billigere und willigere Arbeitskräfte kann die Firma nirgends auftreiben, als wie in Lindenfels. Das wissen ja die pfiffigen Fabrikherren zu genau. — Sie haben es verstanden, ihre Scheuern frühzeitig zu füllen. Billige Pachtbrüche konnten sie sich verschaffen, die Arbeiter wurden im Zaume gehalten, keiner durfte sich mucken, weil die Herren Kreuzer und Böhringer mit Unterstützung des Bürgertums unsern Verband mit aller Gewalt unterdrückten. — In der Presse kündigen die Unternehmer K. und B. an, daß der Odenwaldsyenit von großer Güte sei; wir zweifeln daran nicht, aber wenn sie den Stadtsäckel etwas mehr füllen sollen, dann wollen

die Herren ihre Betriebe verlegen. Dieser „Lokalpatriotismus" ist ja nicht schlecht. — Nun hat die Bürgerversammlung beschlossen, die Neuverpachtung in einer (!) Fachzeitschrift auszuschreiben. Das würde den Herren K. und B. nicht gefährlich werden. Zur Ausschreibung müssen natürlich alle Fachzeitschriften und acht bis zehn große Tageszeitungen herangezogen werden, denn sonst wird nur ein kleiner Teil von den Interessenten gewahr, daß die ersten Steinbrüche Deutschlands, soweit schwarzes Material in Frage kommt, verpachtet werden sollen. — Welch großen Wert die Lindenfelser Syenitsteinbrüche darstellen, wissen wir auch als Arbeiter. — Wir können der Bürgerschaft nur beistimmen, wenn das finanzielle Interesse der Stadt Lindenfels weitgehendst gewahrt werden soll.

Die Granitsteinbrüche in Strehlen (Schlesien) wurden bis vor zehn Jahren mit 37 000 Mk. pro Jahr verpachtet. Dann kam Schall-Breslau und bezahlte pro Jahr sofort 72 000 Mk. und vor etlichen Monaten wurde ihm bei scharfer Konkurrenz auf 18 Jahre der Zuschlag erteilt, und zwar beträgt jetzt die Pachtsumme pro Jahr 100 000 Mk. (Hunderttausend). Und dabei hat Herr Schall es auch noch verstanden, sein Portemonnaie dickbauchig zu füllen.

120000 Tonnen Steinschlag will die Firma Nathan Schall in Breslau für die Eisenbahndirektion Kattowitz liefern. Schall gab nachstehende Offerten ab:

Frei Strehlen . . .	pro Tonne	3.10	Mk.
„ Ströbel . .	„ „	2.90	„
„ Tschirnitz . .	„ „	2.55	„

Auffällig ist die Differenz beim Angebot zwischen Strehlen und Tschirnitz.

Große Straßenpflasterungen in Köpenick. Der Köpenicker Magistrat wird demnächst große Straßenpflasterungsarbeiten ausschreiben. Für die Neupflasterung der Mahlsdorfer Straße sind 45 500 Mk. ausgesetzt worden, die einer Anleihe entnommen werden. Ferner sollen Teile der Annen-Allee, des Hohenzollernplatzes, der Augusta-Viktoria-Straße, der Glienicker-, Kaulsdorfer Straße und der Chaussee nach Friedrichshagen umgepflastert werden. 43 000 Mk. stehen zu diesem Zweck aus den laufenden Mitteln zur Verfügung.

Die Königl. Eisenbahndirektion in Hannover schrieb die Lieferung von 13 000 qm Mosaikpflastersteinen zur Bahnsteigbefestigung auf den Vorortbahnhöfen aus. Folgende Angebote gingen ein:

	Mk.
Basaltwerke Obertiefenbach, ab Kesselbach, für Basalt	15 600
Lambacher Werke, Osberghausen, ab Ründeroth, für Granwacke	15 860
G. Schulz, Velpke, ab Velpke, für Untergrund-Sandstein, blau-grün	19 500
Georgs-Marien-Bergwerks- und Hütten-Verein, Osnabrück, ab Pierberg, für Kohlensandstein . . .	14 300
Fr. Lippmann, Salzbrunnendorf, ab Voldagsen, für Dolomit	14 300
Koch u. Co., Schöneberg, ab Bebitz, für Oelith . .	15 990
Richard Schröder, Gommern, ab Gommern, für Quarzit (!)	15 600
W. Huhn u. Co., Hannover, ab Gr.-Steinberg i. Sa., für Porphyr	17 810
Albert Pfeiffer, Kirn, ab Kirn, für Melaphyr . .	15 600
W. Huhn u. Co., Hannover, ab Bernburg, für Bernburger Mosaik	19 370

Fusion. Die Bergisch-Märkische A. G. und die Linzer Basalt A. G. werden sich zusammenschließen. Erstere hat 1 800 000 Mk., letztere gar 6 000 000 Mk. Aktienkapital. Die beiden Werke haben weit über 1000 Arbeiter beschäftigt. — In der Steinindustrie wird für den kleinen Unternehmer immer weniger Platz. Diese Vorgänge im wirtschaftlichen Leben geben unsern Kollegen sehr wertvolle Fingerzeige. Wenn die Steinarbeiter gegenüber solchen Werken Lohnforderungen stellen wollen, dann muß eine kraftvolle Organisation dahinter stehen. Unserm Verband bleibt im Rheinland noch eine schöne Aufgabe zu lösen übrig.

Steinlawine am Ponale. Am Morgen des 23. November fehlte in Rovereto plötzlich die elektrische Kraft. Es stellte sich heraus, daß auf der Ponalestraße zwischen Riva und den Zentralen der Städte Riva und Rovereto, die sich beide unweit des Ponalefalles befinden, eine mächtige Steinlawine niedergegangen war, die die Fernleitungen unterbrochen hatte. Auch die Wasserleitung von Riva wurde zum Teile verschüttet. Es ist ein wahres Wunder, daß kein Menschenleben zugrunde ging, da unmittelbar vorher der Omnibus nach dem Ledrotale vorüberkam und auch eine Reihe von Privatfuhrwerken gerade vor der Steinlawine den Weg passierte.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich am 24. November im Steinbruch zu Alt-Oschatz (Sachsen) ereignet. Der Steinbrecher Otto Döhring aus Rosenthal wurde von einem Steinblock, den er losgebrochen hatte, mit in die Tiefe gerissen, wobei ihm der Block den Schädel zertrümmerte. Döhring war sofort tot; er hinterläßt Frau und vier unmündige Kinder. — In den sächsischen Steinbrüchen sind in der letzten Zeit geradezu eine Unmenge von Unglücksfällen vorgekommen.

Rundschau.

„Die Straße". Die Steinsetzer geben neben ihrem Organ nun noch eine Fachbeilage heraus, betitelt „Die Straße". Die Redigierung ist in den Händen des Genossen Alexander Knoll. Er schrieb einen packenden Einführungsartikel: „Der eiserne Kollege". Knoll meint: „Unsre Aufgabe besteht nur darin, in diesem technischen Wettstreit nach Möglichkeit jeden einzelnen unsrer Kollegen mit so viel technischem Können und Wissen auszurüsten, als in diesem Wettstreit nun einmal erforderlich ist, um denselben erfolgreich führen zu können." — Sicherlich wird die Fachbeilage den Steinsetzern als ein willkommenes technisches Bildungsmittel dienen. Und daß die Redigierung eine tüchtige sein wird, dafür bürgt Knoll mit seiner reichhaltigen Initiative.

Eine Abfuhr. Die Wühlerei gegen die Ortskrankenkassen, wie sie namentlich durch die Nationalliberale Korrespondenz betrieben wird, erfuhr in der Herbstgeneralversammlung der Ortskrankenkasse Gera eine scharfe Verurteilung. Das Vorstandsmitglied der Arbeitgeber, Fabrikant Flemming, erklärte, „daß während seiner vierzehnjährigen Tätigkeit als Vorstandsmitglied in den Vorstandssitzungen niemals etwas Ungehöriges vorgekommen sei", und das zweite Vorstandsmitglied, Stadtrat Hertel, erklärte darauf, „daß während seiner Tätigkeit im Vorstande alle Beschlüsse in sachlicher Weise und im besten Einvernehmen gefaßt seien."

Die Ortskrankenkasse Gera ist eine derjenigen, die von dem Reichsverbändler Dr. Weisker, einem Parteiführer der reußischen Nationalliberalen, ganz besonders aufs Korn genommen worden ist, bisher allerdings stets mit schmählichen Mißerfolg.

Eine Schlappe holten sich am 28. November bei den Münchner Gewerbegerichtswahlen die Christlichen. Die freien Gewerkschaften erhielten 16 722, der schwarze Mischmasch brachte es auf 2984 Stimmen. München ist eine gut katholische Stadt, aber zu den christlichen Gewerkschaften fehlt dort jedes Vertrauen. Die Herren Sekretäre Funk, Königbauer, Weixler usw. können daran nichts ändern.

Eine verfehlte christliche Denunziation. Wie Terrorismusgeschichten erfunden und freiorganisierte Arbeiter verleumdet werden, zeigt ein Brief, den der Vorsitzende des christlichen Holzarbeiterverbandes in Bamberg an die Leitung einer dortigen Möbelfabrik richtete. Der Brief lautete:

Zentr.-Verb. chr. Holzarb. Bamberg, 15. November 1910.

Sehr geehrter Herr Direktor!

Unterzeichnete Ortsverwaltung obigen Verbandes möchte Herrn Direktor bitten, den in Ihrem Betrteb beschäftigten Schreiner A. G. vor den Belästigungen mancher Mitarbeiter, welche denselben zum Uebertritt in den roten Verband bringen wollen, zu bewahren.

Hochachtungsvollst

J. A.: Joseph Krieger,
1. Vorstand. Egelseestraße Nr. 11.

Der Name des Arbeiters, der hier nur angedeutet ist, ist im Original ganz ausgeschrieben. Mit der löblichen Absicht, gegen die freiorganisierten Arbeiter zu putschen, sind die Herren aber an die unrichtige Stelle gekommen. Sie erhielten von der Firma folgenden Brief:

Bamberg, den 1. November 1910.

Titl. Zentralverband christl. Holzarbeiter!
(Zahlstelle Bamberg.)

Wir erhielten Ihr wertes gestriges Schreiben und haben nach Untersuchung des uns mitgeteilten Falles Ihnen mitzuteilen, daß Ihre Ansicht, der bei uns beschäftigte Schreiner A. werde unter Belästigung seiner Kollegen zum Eintritt in den Holzarbeiterverband gezwungen, **förmlich aus der Luft gegriffen ist, was Ihnen A. selbst bestätigen kann.**

Wir sind der Ansicht, daß Sie sich in einem solchen Falle zuvor genauer informieren müssen, ehe Sie eine derartige Anschuldigung erheben, andernfalls bringen Sie Ihre Mitglieder in Verlegenheit und fordern, wie in diesem Falle, die Entrüstung der zu Unrecht verleumdeten Kollegen heraus.

Wir sind der Ueberzeugung, daß hüben wie drüben **jeder überzeugungstreue Arbeiter Mannes genug ist, seine Freiheit selbst zu wahren** und mengen uns in derartige Angelegenheiten gar nicht, es sei denn, daß die Ordnung unseres Betriebes darunter notleidet. Hochachtend N. N.

Die Abfuhr ist kräftig, aber wohlverdient. Der Brief des christlichen Führers zeigt deutlich, wie Terrorismusgeschichten entstehen. Nicht immer findet sich eine Betriebsleitung, die die Denunziation so abfallen läßt und die Machinationen der Christen an den Pranger stellt. Mit diesem Resultat werden die christlichen Terrorismusgeschichtenerzähler wohl nicht an die Oeffentlichkeit treten.

Die Steinarbeiter sehen an diesem Beispiel, mit welchen verwerflichen Mitteln die Christlichen kämpfen.

Doppelsinnig.

Johannes Wolf: „Nun wie gehts Ihnen denn, Herr Oswald?"

Oswald: „Wie mirs geht? **„Ich kann nicht** — — — klagen!" (Leider.)

In Reih und Glied.

Stell dich in Reih und Glied, das Ganze zu verstärken,
Mag auch, wer's Ganze sieht, dich nicht darin bemerken.
Das Ganze wirkt, und du bist drin mit deinen Werken.
Stell dich in Reih und Glied und schare dich den Scharen;
Und teilst du nicht den Ruhm, so teilst du die Gefahren.
Wird nicht der Musterer den Einzelmann gewahren.
Mit Lust doch wird er sehn vollzählig seine Scharen.
Damit im Lanzenwald nicht fehlet eine Lanze,
Heb deine fein und sei gefaßt auf jede Schanze.
Sei nur ein Blatt im Kranz, ein Ring im Ringeltanze,
Fühl dich im Ganzen ganz und ewig wie das Ganze.

Friedrich Rückert.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 21. bis mit 26. November 1910.

Roßbach, B. 21.—, E. 5.25, K. 0.75. Offenbach, B. 90.—. Nürnberg, B. 1626.—, K. 50.—. Kassel, B. 60.—, E. 40.—. Bielefeld, B. 27.30, K. 0.20, M. 1.—. Hüsten, B. 12.—. Gussow, B. 8.60. Olbernhau, B. 1.20. Crimmitschau, B. 2.20. Borgentreich, B. 1.80. Rathenow, B. 5.—. Groß-Auheim, B. 4.60. Blombacherbach, B. 34.—. Crawinkel, B. 48.90, K. 1.10. Heppenheim, B. 286.—, K. 20.—. Halle a. S., B. 89.85, E. 1.—, K. 4.05, M. 5.10. Löbau, B. 252.—. Schopfloch, B. 30.—. Stettin, B. 75.—, E. 5,—, K. 7.40, M. 4.—. Zöblitz, B. 219,30, E. 12.—. Kiel, M. 2.50. Wiesbaden, B. 95.—. Pirna, B. 2147.20, Offenburg, B. 168.—, K. 10.—, M. 4.—. Duisburg, B. 50.—. Köln I, B. 500.—, K. 30.—. Brück, B. 206.—, K. 13,—, M. 16.20. Neusalz, Ab. 1.50. Peine, B. 1.70. Friedenfels, B. 0.80. Pößneck, B. 10.—. Stade, B. 30.60. Kopenhagen, Ab. 4.80. Leipzig, Ins. (Mosse) 5.34. Triberg, B. 84.—. Kleinrinderfeld, B. 355.75, E. 4.—, K. 5.—. Hardheim, B. 16.10. K. 0.40. Hasserode, B. 50.—, E. 20.—. Halberstadt, B. 89.25. Ebersbach, B. 84.—. Eschershausen, B. 134.30, E. 3.25, M. 12.40. Berneck, B. 238.56, E. 3.—, K. 3.50. Büchlberg, B. 154.46, E. 4.50, M. 6,—, Ins. 3.80. Horka, B. 6.12, K. 2.50, M. 0.40, D. 88.94. Wünschelburg, B. 141.60, E. 0.50, K. 10.50, M. 1.—. Wesel, B. 24.60.

Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Beucha. Ersuche die Zahlstellenverwaltungen um Angabe der Adresse des Kollegen Sebastian Binner. Es handelt sich um Auskunftserteilung. Albert Schlegel.

Brandenburg. Der Steinbildhauer **Wilhelm Frickel,** 21 Jahre alt, hat hier seine Logiswirtin finanziell geschädigt. Ich ersuche um die Adressenangabe dieses sauberen Patrons.

Ernst Schneidereit, Vors., Werderstr. 22.

Kiel. Zugereiste, welche um Arbeit nachfragen, haben vordem beim Vertrauensmann Erkundigungen einzuziehen. Die Unternehmer maßregeln die ihnen unbequemen Leute, das soll aber den Herren in Zukunft ausgetrieben werden.

Die Ortsverwaltung.

Kirschhausen. Der Kollege Andreas Hauer, geb. 27. Mai 1866 zu Daming, ist von hier abgereist, ohne seither von sich hören zu lassen. Die Familie ist in äußerster Sorge. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, uns unverzüglich dessen Adresse mitzuteilen und denselben an seine Familienpflichten zu erinnern. Die Ortsverwaltung.

Ochsenfurt. Der Kollege Michael Müller, geboren den 16. Juli 1880, Verbandsbuchnummer 27010, aus Randesacker, möchte seinen Verpflichtungen auf Kaiserplatz einem Kollegen geaenüber in Bälde nachkommen.

Mülhausen (Elsatz). Dem Kollegen Johann Albert II, geboren den 24. März 1894 zu Wässerndorf ist keine neue Interimskarte auszustellen, da dieselbe in Unordnung hier liegt.

Nast, Kassierer.

Mülhausen (Els.). Ersuche die Vertrauensleute allerorts um die Adresse des Kollegen Johann Albert II, geboren zu Wässerndorf (Unterfranken), da Genannter mich geschädigt hat.

Johann Klink, Steinmetz, Baubanstr. 98, III.

Adressen-Aenderungen.

Frankfurt a. M. Kass.: Friedr. Winkel, Zeil 124, II.
Halberstadt. Kass.: Georg Dausacker, Wernigeröder Straße 13, Hinterhaus.

Briefkasten.

B. in D. Im Westfälischen sind folgende größere Bauten in Aussicht genommen. Münster: Feuersozietät; Osnabrück; ein Kirchenneubau; Witten: Rathausneubau. Welche Gesteinssorten verwandt werden, ist uns nicht bekannt. — **Deisterkönig.** Recht vielen Dank für gesandte Mineralien. — **Seussen.** Hat uns sehr gefreut. Wir senden die besten landsmannschaftlichen Grüße. — **S. S. in Kairo.** Aber Freund, wie kommst Du denn bis zu den Pyramiden. Du gibst auf dem Kamel seine ganz famose Figur ab. Wir bewundern nicht nur das zweihöckerige, sondern ebenfalls auch das zweibeinige Kamel. Eine Schilderung deiner Eindrücke ist uns erwünscht. Viele Grüße. — **Lechner I, Köln.** Von unsrer Flugschrift: „Antwort auf das Pamphlet des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes" betitelt, bestellen Sie 200 Exemplare. Die große Auflage ist leider schon vergriffen. Ihre sämtlichen Mitglieder sind mit dieser Schrift ausgerüstet worden, dessen dürfen Sie sicher sein. Wird eine Neuauflage hergestellt, so geschieht die Verbreitung wiederum so, daß dies unsere Mitglieder gründlich besorgen. Sie Herr Lechner sparen dann noch die Kosten für die Schrift; ihrer Kasse wirds willkommen sein, wenn wir so zuvorkommend sind. Herr Lechner, „quälen" Sie sich doch nicht so ab mit Ihrer Kartenschreiberei, aus jeder Zeile ist zu entnehmen, daß Sie recht naiv sind. Es muß aber auch solche Käuze geben. — **M. in R., St. in M. und andere.** Es freut uns, daß die Flugschrift eingeschlagen hat. Viele Grüße. — **K. in D.** Wir raten von einer Prozeßführung ab. Warum denn die Advokaten füttern. Die Meinung, Du müßtest gewinnen, teilen wir nicht. Die eidlichen Zeugenaussagen sind maßgebend. — **C.** Wird nach dem Jahresbeginn eingehend behandelt. — **Schlesien.** § 1144 des Bürgerlichen Gesetzbuches besagt das nähere. — **Pirmasens.** Auch uns ist es nicht bekannt, daß B. Mitglied des Steinarbeiterverbandes gewesen sein soll. — **F. in K.** Dauernd bringen wir solche Bekanntmachungen nicht. Wo sollte das hinaus, wenn 40—50 Zahlstellen auf solche Notizen pochen würden. Die Schuld fällt auf die Zusprechenden. — **T. N. G.** Die gewünschte Mischung kennen wir leider nicht. Besten Gruß. — **J. E. in K.** Ob Du mit deiner Klage durchdringst, ist recht fraglich. Es kommt darauf an, ob der Kläger seine Behauptung eidlich erhärten kann.

Wegen **Raummangel mußten einige Berichte zurückgestellt** werden.

Wir müssen dringend ersuchen, daß mit der Einsendung der Korrespondenzen nicht immer bis Dienstag gewartet wird.

Vom Steinarbeiter, Jahrgang 1910 fehlen uns nachstehende Nummern: 17, 20, 30, 32, 33, 35, 36, 38, 40, 47. — Wir bitten, daß die in den Zahlstellen überschüssigen Exemplare sofort hierher gesandt werden. **Die Expedition.**

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 9

Kombinierte Platzvertretersitzung

Tagesordnung:
Wie erzielen wir einen möglichst günstigen Jahresabschluß?
Kollegen aller Branchen! Sorgt dafür, daß sämtliche Arbeitsstellen (Werkstellen und Bauten) in dieser äußerst wichtigen Zusammenkunft vertreten sind!

Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59

Kombinierte Versammlung

Tagesordnung: 1. **Rückblick und Ausblick.** 2. **Gewerkschaftliches.** 3. **Verschiedenes.**

Die Kollegen aller Branchen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Tausende verdanken ihr gedieg. Fach **Wissen u. -können** den Selbstunterrichtswerken Syst. Karnack-Hachfeld: Fachschulen für **Steinmetzmstr., Strassenbautechnik, Polliere, Bautechnik.** Glänzende Erfolge. Dankschreiben. Ansichtssendungen. Kleine Teilzahlungen
Bonness & Hachfeld, Potsdam-W.18.

Schürzen Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Werkzeugschmied

der auch **Maschinenreparaturen** erledigen kann, für dauernde Beschäftigung per **sofort** gesucht.

Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Bekanntgabe der Lohnansprüche erbeten.

Bayerische Marmorwerke Aibling
Firma E. Schwenk in Ulm a. D.
Werk Bad-Aibling.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Fechenbach** am 20. November der Kollege **Thomas Ullrich,** 38 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Gommern** am 15. November der Kollege **Friedrich Brauer,** 53 Jahre alt, an Herzlähmung. — Ebendaselbst am 15. November der Kollege **Friedrich Gebhardt,** 60 Jahre alt, an Lungenkatarrh.

In **Jena** am 21. November der Kollege **Otto Kämnitz,** 32 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Weimar** am 22. November der Kollege **Friedrich Ottermann,** 35 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter".

Nr. 49. Sonnabend, den 3. Dezember 1910. 14. Jahrgang.

Die Wiederbelebung der verscharrten Zuchthausvorlage.

In der Deutschen Juristenzeitung spricht sich der Senatspräsident beim Kammergericht, Dr. Koffka, für den jetzt so leidenschaftlich geäußerten Scharfmacherwunsch des Verbots des Streikpostenstehens aus. Im verborgenen Winkel seines Herzens glüht wohl eine stille Liebe für die schmachvolle Zuchthausvorlage des Jahres 1899, er will zwar, wie er behauptet, der „Wiedereinbringung jenes abgelehnten Entwurfs das Wort nicht reden", aber einen Teil der Vorlage möchte er doch retten und erweitern. Er wünscht, daß durch ein Reichsgesetz das Streikpostenstehen überhaupt untersagt werde und er führt wörtlich aus: „Das Streikpostenstehen aber muß untersagt werden und ist meines Erachtens allein aus dem Entwurf von 1899 herauszuschälen."

Der Herr Senatspräsident will das Koalitionsrecht auf dem Papiere bestehen lassen, aber dessen Anwendung durch das Verbot des Streikpostenstehens unter Strafe stellen. Er wehrt sich in seinen Ausführungen gegen den Gedanken, der in der proletarischen Weltanschauung klar zum Ausdruck gelangt: der Streikbruch ist eine verächtliche Handlung, und doch hat selbst ein englischer Kollege des Herrn Senatspräsidenten, ein Londoner Richter, in einer Gerichtsverhandlung im Jahre 1898 erklärt:

„Für die Gewerkschaftsmitglieder ist ein Streikbrecher für seine Klasse das, was ein Verräter für sein Land ist, und obgleich beide in beschwerlichen Zeiten nützlich sein mögen, für die eine Partei, so sind sie doch mißachtet von allen, sobald der Friede zurückkehrt. Der Streikbrecher ist der letzte, der einem andern Hilfe gibt, aber der erste, der Hilfe verlangt, doch arbeitet er niemals gesichert. Er nimmt nur auf sich Rücksicht, aber er sieht nicht über den Nächsten hinaus, jedoch für Geld und würdelose Zubilligung wird er seine Freunde verraten, seine Familie und sein Land. Mit einem Wort, er ist ein Verräter in kleinem Maßstabe, der erst seine Kollegen verkauft und nachher wird er von seinem Arbeitgeber verkauft, bis er zuletzt verachtet und verabscheut ist von beiden Parteien; er ist ein Feind seiner selbst, der Gegenwart und der kommenden Gesellschaft."

Der Deutschen Tageszeitung sind natürlich diese Ausführungen des Senatspräsidenten Koffka hochwillkommen. Sie verknüpft mit der Empfehlung eines reaktionären Einbruchs in das Koalitionsrecht der Arbeiter sofort die frisch-fröhliche Aufforderung zu einem Gewaltstreich gegen den Reichstag, indem sie schreibt:

„Erachtet die Regierung derartige Maßnahmen und Verschärfungen für nötig, dann hat sie **die Pflicht, den Widerstand des Reichstags zu brechen** oder die Verantwortung für die bedenkliche Unterlassung ihm aufzubürden."

Ist der Zentralverband der Steinarbeiter eine sozialdemokratische Gewerkschaft?

Die christlichen Agitatoren plappern immer wieder nach, wir seien in erster Linie Sozialdemokraten und dann erst Gewerkschaftler. Das Flugblatt, welches kürzlich die Keramiker herausgaben, operiert mit demselben Geschwätz. Wir erklären, daß im Steinarbeiterverband noch kein Mitglied auf das sozialistische Programm verpflichtet wurde. Welche Parteistellung unsre Mitglieder einnehmen, bleibt ihnen unbenommen. Der Vorstand des Steinarbeiterverbandes kümmert sich um die politische Tätigkeit seiner Mitglieder nicht im geringsten. Das allerdings wissen wir, daß die Mehrheit der Mitglieder unsres Verbandes nicht geneigt ist, hinter einigen geriebenen Zentrumsstreitern herzulaufen. — Laut unsres **Statutes hat der Steinarbeiterverband folgende Aufgaben zu erfüllen:**

„Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Grundlage des § 152 der Reichs-Gewerbeordnung;

Aufklärung und Bildung der Mitglieder und Pflege der Solidarität;

Gewährung unentgeltlichen Rechtsschutzes in gewerblichen, Rechts- und solchen Fällen, in welche sie infolge ihrer Tätigkeit für den Verband geraten, oder welche Kranken-, Unfall-, Alters- oder Invaliditätsverhältnisse betreffen;

Gewährung von Unterstützungen nach § 5 des Statuts; Veranstaltung von statistischen Erhebungen."

Kein Wort steht im Statut, welches doch das Verbandsfundament darstellt, daß unsre Mitglieder Sozialdemokraten sein müßten. Aber wie kommt es denn, daß die Steinarbeiter, welche einem mörderischen Berufe nachgehen müssen, mit ihren politischen Ansichten mehr zur Sozialdemokratie neigen als wie zum steuerlustigen volksfeindlichen Zentrum? Mit wenigen Worten sei es den christlichen Koryphäen gesagt:

Wer trat 1901 im Reichstage für den Erlaß der **Bundesratsverordnung für die Steinarbeiter** ein? — Antwort: Der Sozialdemokrat Wurm.

Wer trat 1903 im Reichstage für eine strenge Durchführung jener Verordnung ein? — Antwort: Der Sozialdemokrat Wurm.

Wer geißelte 1905 im Reichstage, daß die Steinbruchsunternehmer auf die Bundesratsverordnung pfeifen? — Antwort: Der Sozialdemokrat Fräßdorf.

Wer forderte 1909 im Reichstage, daß die genannte Verordnung für die **Granit-, Marmor-, Grauwacke-, Basaltarbeiter** usw. Geltung haben soll? — Antwort: Der Sozialdemokrat Zubeil.

Wer verlangte im bayerischen und badischen Landtage einen erhöhten Schutz für die Steinarbeiter? — Antwort: Die sozialdemokratischen Fraktionen.

Die Herren Zentrumsabgeordneten, die beim Steuerraub, wo dem deutschen Volke 500 Millionen Mark abgeknöpft wurden, so schön reden konnten, **hatten kein Wort übrig, daß in gesundheitlicher Beziehung die Steinarbeiter besser geschützt werden.**

In mehreren Reichstagswahlkreisen mit einer starken Steinindustrie wählten bisher die Kollegen mitunter noch Zentrum.

Die Reichstagswahlkreise mit einer bedeutenden Steinarbeiterschaft heißen:

1. Passau (Niederbayern). Vertreter: Domprobst Dr. Franz Seraph Pichler, Zentrum. (Einkommen zirka 10 000 Mk.)
2. Deggendorf (Niederbayern). Vertreter: Pfarrer **Hinterwinkler**, Zentrum. (Einkommen zirka 9000 Mk.)
3. Würzburg (Unterfranken). Vertreter: Anwalt **Thaler**, Zentrum.
4. Aschaffenburg (Unterfranken). Vertreter: Benefiziat und Redakteur Liborius **Gerstenberger, Zentrum.** (Einkommen zirka 7000 Mk.)
5. **Eichstädt** (Mittelfranken). Vertreter: Zollinspektor **Speck**, Zentrum.
6. **Mayen-Ahrweiler** (Rheinland). Vertreter: Privatmann Quirin Peter Wallenborn, **Zentrum.**

Kollegen, sicherlich sind jene Herren für eine umfangreiche Sozialpolitik vor der definitiven Wahl eingetreten, im Reichstage aber kletterte von diesen Abgeordneten kein einziger auf die Tribüne, um den Steinarbeitern wegen der schlecht durchgeführten Bundesratsverordnung beizustehen. Die Abgeordneten unter 1, 2 und 4 gehören sogar dem geistlichen Stande an, aber die salbungsvollen Herren hatten für unsre Rechtswahrung an geeigneter Stelle kein Wort übrig. Die Bundesratsverordnung wurde im Reichstage durch den Petitionssturm der **Steinbruchsindustriellen** äußerst hart bedroht, nur die Sozialdemokraten nahmen sich unsrer Kollegen an; **die Herren vom Zentrum haben in üblicher Weise geschwiegen.**

Ja noch mehr! Im badischen Landtage brachte es der Führer der badischen Zentrumspartei fertig, sich gegen eine allzu scharfe Durchführung der Bundesratsverordnung zu wenden, um die Unternehmer nicht in ihrer Konkurrenzfähigkeit zu beengen. Darüber von den sozialdemokratischen Rednern zur Rede gestellt, erklärte dieser „Volksvertreter", einstweilen noch die Interessen der Arbeitgeber zu vertreten, wenn es auch den Sozialdemokraten nicht gefällt.

Wir sagen es ohne Einschränkung, **die Steinarbeiter sind der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu großem Danke verpflichtet.** Warum, das ist in diesem Kapitel schon auseinandergesetzt. — Wegen der famosen Steuerpolitik des Zentrums, na, da werden unsre Kollegen mit den in Betracht kommenden Abgeordneten gelegentlich schon noch ein Hühnchen rupfen. Die christlichen Gewerkschaftssekretäre machen stets und ständig fürs Zentrum Propaganda. Aber ihre Gewerkschaften geben sie trotzdem als „neutrale" Organisationen aus. Wir müssen wirklich die Unverfrorenheit jener Herren bewundern, mit der sie die Arbeiter ob der „neutralen" christlichen Gewerkschaftsbewegung einseifen wollen. — Wir betonen, der Steinarbeiterverband hat bei all seinen Aktionen **völlige Selbständigkeit, wir hängen nicht vom etwaigen Wohlwollen des sozialdemokratischen Parteivorstandes ab.** — Aber wenn sich viele Steinarbeiter zur Sozialdemokratie bekennen, so freut uns das. — Die Herren Oswald, Lechner I und II, Fromm, Geiß und wie diese unbedeutenden Geister alle heißen, würden es am liebsten sehen, wenn sich die Arbeiter in politischer Beziehung noch mehr bekämpfen würden. Dann könnten die gerissenen Zentrumsdemagogen den Volksmassen vorschwindeln: „Schaugt's, S' Zentrum vertritt dö gute Sach der Arbeiter."

War es nicht beschämend, wie sich die christlichen Arbeitervertreter im Reichstag schon benommen haben? Der Renommierarbeiter-Abgeordnete Behrens stimmte für den Paragraphen des neuen Vereinsrechts, welcher besagt, daß die polnischen und dänischen Reichsangehörigen in den öffentlichen Versammlungen nicht in ihrer „Muttersprache" reden dürfen. — Bei der Erbschaftssteuervorlage sorgten wiederum die Arbeitervertreter, die dem Zentrum angehören, dafür, daß jene Vorlage nicht angenommen wurde. Sie haben die Reichen mit dem Steuerzahlen verschont, den Arbeitern aber noch ein neues Steuerpäckchen aufgebürdet. Die Steinarbeiter danken allerdings für solche Abgeordnete, sie werden sich zukünftig noch mehr der Sozialdemokratie anschließen. — Wenn uns nun fernerhin die Herren Christen als „Sozis" verschreien, so können sie dabei für sich absolut keine Geschäfte machen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Allmähliche Erholung im Tabakgewerbe. — Abnehmender Fleischkonsum. — Eine amerikanische Zolltarifrevision?

Das Tabakgewerbe hat unter der Wirkung der neuen Steuer- und Zollverhältnisse überaus schwer zu leiden gehabt. Der Arbeitsmarkt im Tabakgewerbe erfuhr eine Zerrüttung, deren Grad geradezu beispiellos war. Die staatlichen Unterstützungen haben die soziale Not unter der Tabakarbeiterbevölkerung nur ganz wenig zu mildern vermocht. Den Grad der ungewöhnlichen Verschlechterung kann man schon deutlich an der Bewegung des Andrangs am Arbeitsmarkte für die Arbeiter des Tabakgewerbes erkennen. Die Monate vor dem Inkrafttreten der steuerlichen Belastung war der Geschäftsgang so lebhaft, daß die Nachfrage das Angebot fast völlig absorbierte. Von Mai 1909 ab, in welchem der Andrang noch auf 154 stand, sank er bis auf 114 im Juni und gar bis auf 100 im Juli. Dann kam aber sofort die Wendung. Schon im August berechnete sich der Andrang für den Kreis der ständig beobachteten Orte auf 457 und stieg dann bis Februar laufenden Jahres, in welchem Monat der Andrang die bedenkliche Ziffer von 1364 erreichte. Seit dieser Zeit geht der Andrang langsam wieder zurück und zwar bewegte sich die Andrangsziffer während der einzelnen Monate wie folgt:

März	891	Juli	271
April	572	August	250
Mai	524	September	187
Juni	466		

Aus dieser abnehmenden Bewegung der Andrangsziffern kann auf eine Erholung im Tabakgewerbe geschlossen werden, die auch durch andre Beobachtungen bestätigt wird. Freilich ist die Erholung noch keineswegs stark genug, um den Arbeitsmarkt befriedigend zu erleichtern. Es sind fast noch immer zwei Arbeitsuchende auf eine offene Stelle vorhanden, woraus hervorgeht, daß der Arbeitsmarkt mit einem starken Ueberangebot belastet ist. Die weitere Entwicklung des Beschäftigungsgrades im Tabakgewerbe hängt in hohem Maße nunmehr von dem Ausfall des diesjährigen Weihnachtsgeschäfts ab. Sind die Umsätze groß, verrät ihre Steigerung eine Zunahme des wirklichen Verbrauchs, so wird der Detail- und Großhandel wieder mehr geneigt sein, größere Abschlüsse an die Fabriken hinauszugeben und dadurch dazu beitragen, daß die allmähliche Erholung weitere Fortschritte macht. Daß in dieser Beziehung eine Besserung kommt, ist anzunehmen, aber bestimmt rechnen mit ihr kann man vorläufig doch noch nicht.

Daß durch das knappe Angebot von Schlachtvieh an den meisten größeren Plätzen und durch die steigende Bewegung der meisten Fleischpreise der Fleischkonsum eine Verminderung erfahren hat, darüber geben uns die Ziffern der geschlachteten Tiere in den einzelnen Vierteljahren des laufenden Jahres deutlichen Aufschluß. Die Hausschlachtungen sind bei den fortlaufenden Erhebungen nicht berücksichtigt, sondern nur die gewerblichen. Rechnet man die Zahl der geschlachteten Tiere nach einem bestimmten Durchschnittsgewichte in Fleischgewicht um und verfolgt die Bewegung der Fleischversorgung unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses pro Kopf der Bevölkerung, so erhalten wir für die ersten drei Vierteljahre folgende Gestaltung der Fleischversorgung pro Kopf in Kilogramm:

	1908	1909	1910
1. Vierteljahr	10,23	9,95	10,14
2. „	9,44	9,60	9,45
3. „	9,91	9,86	9,72

Wenn auch die durchschnittliche Abnahme pro Kopf nicht sonderlich bedeutend ist, so ist doch zu erwägen, daß wir es hier mit einer Durchschnittsziffer zu tun haben, von der der Konsum der einzelnen Bevölkerungsschichten mehr oder weniger abweicht. Man kann ohne weiteres annehmen, daß in der Arbeiterbevölkerung die Abnahme im allgemeinen sehr viel stärker ist und zwar um so stärker, je geringer die Mittel für die Ernährung sind. Es ist ja auch der Konsum von Schweinefleisch zurückgegangen, der für die Arbeiterbevölkerung von besonderer Bedeutung ist. Daneben ist aber zu beachten, daß durch die Steigerung der Fleischpreise der Fleischkonsum sich fast von Vierteljahr zu Vierteljahr verteuert hat. Also auch die Schichten, die schließlich ihren Fleischkonsum einigermaßen auf der bisherigen Höhe halten konnten, mußten in der Lage sein, einen höheren Betrag als bisher für das verbrauchte Fleischquantum auszugeben. Glücklicherweise machte Schweinefleisch eine Ausnahme; es war immerhin noch billiger als im Vorjahre. Wenn nicht andre Nahrungsmittel in der nämlichen Zeit, in der Fleisch gestiegen ist, eine Ermäßigung erfahren hätten, so würden die höheren Fleischpreise noch weit fühlbarer den Fleischkonsum beeinträchtigt haben. So konnte ein Teil der höheren Ausgaben für Fleisch durch Ersparnisse beim Einkauf andrer Nahrungsmittel wieder ausgeglichen werden. Der Nahrungsmittelaufwand steht nämlich unter Annahme der gleichen Rationen wie im Vorjahr gegenwärtig immerhin noch etwas tiefer als im Jahre 1909, wenn auch seit ein paar Monaten die Minusdifferenz gegenüber dem Vorjahr merklich nachgelassen hat. Die Wochen vor Weihnachten bringen in der Regel eine weitere Steigerung der Detailpreise für Nahrungsmittel; so steigen vor allem die Preise für Butter, Eier und Mehl. An eine Ermäßigung der Fleischpreise ist augenblicklich auch nicht zu denken, so daß wir für das laufende Jahr mit einer Fortdauer der steigenden Preistendenz auf dem Nahrungsmittelmarkte zu rechnen haben.

An den demokratischen Wahlsieg in den Vereinigten Staaten von Amerika knüpfen sich in deutschen Handels- und Industriekreisen weitgehende Hoffnungen auf eine Revision des amerikanischen Zolltarifs. Es ist indes dabei nicht zu übersehen, daß Amerika selbst auch besonders hohe Preise für Nahrungsmittel hat, die durch die Zollpolitik nicht veranlaßt sein können. Was aber die Industriezölle betrifft, so wird auch hier nicht gleich ein andrer Kurs erwartet werden. Vor allem ist vor dem Glauben zu warnen, daß eine solche Zollrevision so glatt sich vollziehen würde, wie es in einigen Handelszeitungen dargestellt wurde. Schon oft haben deutsche Geschäftskreise auf eine Aenderung des amerikanischen Zolltarifs zugunsten des deutschen Exports gehofft, und fast stets sind diese Hoffnungen nicht nur zuschanden geworden, sondern statt der Erleichterungen traten fast regelmäßig neue Zollerhöhungen und Erschwerungen für den deutschen Export ein. Es scheint, daß alle diese Erfahrungen der amerikanischen Zollpolitik an einem Teil der deutschen Geschäftswelt fast spurlos vorbeigegangen sind.

Berlin, den 26. November 1910.

Richard Calwer.

Die Fleischteuerung.

Die Fleischpreise haben eine enorme Höhe erreicht. Die sozialdemokratische Fraktion brachte dieserhalb am 23. November im Reichstage eine Interpellation ein. Und was war das Ergebnis der Verhandlungen?

Es bleibt also beim alten. Das war die Signatur der Besprechung der Interpellationen über die Fleischteuerung. Jede Regierung eines kapitalistischen Staates ist der vollziehende Ausschuß der herrschenden Klassen; unter den herrschenden Klassen Deutschlands stehen die Agrarier obenan und so werden, von den proletarischen Interessen ganz zu schweigen, auch die Interessen der nicht agrarischen Kapitalistenschichten im Konfliktsfalle von der Regierung unweigerlich dem Moloch des Agrariertums geopfert. Der Staatssekretär des Innern, Minister gegen Sozialpolitik, ist zwar nach Herkunft und Neigung Vertreter des Industrialismus, aber er denkt nicht daran, der im Interesse der Industrie gebotenen billigeren Versorgung der breiten Volksmassen mit genügendem, gutem und billigem Fleische zuliebe den Agrariern irgendwelche Unbequemlichkeiten zu bereiten. Ein bißchen Zufuhr über die Vogesen, etwas weniger Quengelei und Schererei an der dänischen Grenze, das ist alles, wozu sich die Regierung Bethmann-Delbrück aufschwingt. Und selbst dazu runzeln die Agrarier noch die Stirn. Immerhin versuchte Herr Delbrück wenigstens, auf städtische Gedankengänge schüchtern einzugehen. Dem neugebackenen urreaktionären Landwirtschaftsminister von Schorlemer liegt das völlig fern. Seiner Weisheit letzter Schluß ist: Der Deutsche hat sich mit den hohen Fleischpreisen eben abzufinden. Wem das

Fleisch zu teuer ist, der mag Kartoffeln essen. Den dröhnenden Beifall der Rechten hat sich Herr von Schorlemer mit seiner ministeriellen Jungfernrede überreichlich verdient. Die Anklagerede des Genossen Emmel wurde natürlich weder von Delbrück, noch von Schorlemer widerlegt.

Während der preußische Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer am Mittwoch im Reichstag den „Nachweis" führte, daß trotz der bedauerlich hohen Lebensmittelpreise von einer eigentlichen Fleischnot nicht die Rede sein könne, kam eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamts über den Einfluß der Fleischversorgung auf die Volksernährung zum Vorschein, die u. a. folgende, aus den letzten Jahren stammende Ziffern über den Fleischverbrauch in den verschiedenen Volksklassen enthält:

Zittauer Weber	10—20 kg	Fleisch pro Jahr
ein Chausseearbeiter . . .	unter 10 kg	„ „ „
ländlicher Schmied	unter 10 kg	„ „ „
15 badische Tabakarbeiterfamilien	unter 10 bis unter 30 kg	„ „ „
Berliner Arzt	80 kg	„ „ „
Berliner Kaufmann	115 kg	„ „ „

Die Minister suchen die steigenden Fleischpreise auf die „Hebung des Wohlstands" zurückzuführen. Daran ist vielleicht so viel richtig, daß der Weber, der Chausseearbeiter, der Schmied, der Tabakarbeiter statt 10 Kilogramm Fleisch im Jahre 12 oder 15 Kilogramm konsumieren — möchte, so größenwahnsinnig sind sie natürlich nicht, daß sie so viel Fleisch zu essen wünschten wie der Arzt oder gar der Kaufmann, 80 oder 115 Kilogramm. Aber da diese Weber, Chausseearbeiter usw. die große Masse des Volkes bilden, macht es natürlich sehr viel aus, wenn ihre Nachfrage nach Fleisch um 20 oder um 50 Prozent stärker wird, und dieses Steigen der Nachfrage bei verhältnismäßig zu geringem Angebot treibt die Preise in die Höhe.

Aber aus der Tatsache, daß das Bedürfnis der Massen nach Fleischnahrung stärker wird, folgt noch nicht, daß dieses Bedürfnis auch Befriedigung findet. Ganz im Gegenteil wird jede Aufwärtsbewegung des Fleischverbrauchs durch die Politik des Agrarschutzzolls und der Grenzsperren wieder zurückgeworfen, so daß das deutsche Volk in seinem Fleischkonsum hinter den meisten andern zivilisierten Nationen sehr weit zurückbleibt. Nach einer in der Denkschrift wiedergegebenen Schätzung entfielen pro Jahr Kilogramm Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung:

Australien	111,6
Vereinigte Staaten von Amerika . .	54,4
Großbritannien	47,6
Schweden und Norwegen	39,5
Frankreich	33,6
Deutschland	31,6

Auf die Rede des Herrn von Schorlemer hätte es nur eine richtige Antwort gegeben. Man hätte beschließen sollen, Herrn von Schorlemer nebst Herrn von Delbrück und sämtliche Geheimräte dem Reichsgesundheitsamt als Studienobjekte zu überweisen. Würden die Herrschaften einmal ein paar Monate mit Zittauer Weberrationen gefüttert, so kämen sie am Ende auch zu einer andern nationalökonomischen Ueberzeugung.

Die Alkoholiker in der Krankenstatistik

Von A. Ellinger.

Ein kürzlich vom kaiserlich Statistischen Amt (Abteilung für Arbeiterstatistik) herausgegebenes vierbändiges Tabellenwerk Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend enthält neben sehr interessanten Zahlen über die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter aller Berufe auch einen Anhang, in dem die Gesundheitsverhältnisse der Alkoholiker besonders behandelt sind. Das Werk, zu dessen Gelingen die Leipziger Ortskrankenkasse durch die Herausgabe ihrer Personal- und Krankenkarten in dankenswerter Weise beigetragen hat, ist auf Anregung des Ausschusses zur Vorbereitung der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 entstanden, nachdem der Reichstag im Jahre 1903 zu seiner Ausführung 325 000 Mk. bewilligt hatte.

Die Arbeit ist mit großer Sorgfalt gemacht worden. Die Beobachtungen erstrecken sich über einen Zeitraum von 18 Jahren (1887 bis inklusive 1904). In dieser Zeit wurden alle Tage, an denen Personen unter dem Versicherungsrisiko der Kasse standen, zusammengezählt und zu Risikojahren umgerechnet. Insgesamt wurden 468 870 003 Risikotage festgestellt, was auf Risikojahre umgerechnet bedeutet, daß 1 284 576 Personen je ein Jahr unter dem Versicherungsrisiko der Kasse standen. Davon waren 952 674 männliche Pflichtmitglieder, von denen in der Statistik wieder 4847 = 0,52 Proz. als „Alkoholiker" bezeichnet werden, das heißt, diese Zahl ergibt sich, wenn die 1 769 038 Tage, an denen Alkoholiker der Kasse angehörten, auf Mitgliedschaftsjahre umgerechnet werden. Die wirkliche Zahl der „Alkoholiker-Einzelpersonen" betrug 630, die durchschnittlich je 2808 Tage oder 7,7 Jahre unter dem Versicherungsrisiko der Kasse standen.

Wenn hier von Alkoholikern gesprochen wird, so sind damit selbstverständlich nicht alle diejenigen gemeint, welche im Gegensatz zu den Abstinenten Alkohol genießen, sondern nur solche, auf deren Krankenkarten vom Arzt entweder ein P (= Potator, Trinker) oder die Angabe „chronische Trunksucht", „Delirium tremens", „Säuferwahnsinn" gesetzt war. Auch Personen, bei denen eine gewerbliche oder akute Alkoholvergiftung in der Karte verzeichnet stand, sind von der Gruppe „Alkoholiker" ausgeschlossen.

Sind so einerseits sicherlich nur übermäßige Trinker in Betracht gezogen, so muß anderseits doch berücksichtigt werden, daß die Allgemeinheit der Kassenmitglieder neben den Abstinenten auch die große Masse der mäßigen Alkoholverbraucher, ja selbst die als Alkoholiker Gezählten mit enthält. Ferner muß beachtet werden, daß für jede einmal als Alkoholiker bezeichnete Person die ganze Dauer der Kassenmitgliedschaft als Alkoholiker-Beobachtungszeit gerechnet wurde, weil ja keine Möglichkeit vorlag, festzustellen, wann der einzelne Alkoholiker die Gewohnheit des übermäßigen Trinkens zuerst angenommen hatte.

Wurden dadurch die dem Alkoholismus eigentümlichen Merkmale zweifellos abgeschwächt, so ist trotzdem der Unterschied der Gesundheitsverhältnisse der Alkoholiker gegenüber denen der Allgemeinheit außerordentlich groß. Schon das Verhältnis der Beitragstage zu der Zahl der Risikotage ist für die Alkoholiker sehr ungünstig. Auf 100 Risikotage entfielen bei der Allgemeinheit der Kassenmitglieder 93,2, bei den Alkoholikern aber nur 85,7 Beitragstage, ein Beweis, daß diese durch Krankheit und Arbeitslosigkeit sehr oft unter dem Versicherungsrisiko der Kasse stehen, ohne Beiträge zu zahlen. Umgekehrt kommen bei der Allgemeinheit der männlichen versicherungspflichtigen Kassenmitglieder auf 100 Beitragstage nur 2,5, bei den Alkoholikern dagegen 8,8 Krankheitstage; das ist ein Mehr von 6,3 Krankheitstagen oder 252 Prozent bei den Alkoholikern.

Aehnlich ungünstig ist das Verhältnis für die Alkoholiker, wenn man die Zahlen der auf 1000 Personen entfallenden Krankheitsfälle, Krankheitstage und Todesfälle betrachtet. Auf 1000 männliche versicherungspflichtige Personen entfallen bei der Allgemeinheit 396,5, bei den Alkoholikern aber 1167 Krankheitsfälle, das sind 770,5 oder 194,3 Prozent mehr. Krankheitstage entfallen auf 1000 ein Jahr beobachtete Personen: bei der Allgemeinheit 8549, bei den Alkoholikern aber 27,450, das sind 18,901 oder 221 Prozent mehr. Die Zahl der Todesfälle beträgt bei der Allgemeinheit auf 1000 Personen 7,65, bei den Alkoholikern aber 26,20, das sind 18,55 oder 242,5 Prozent mehr. Bei der Allgemeinheit kam ein Todesfall auf 51,7 Krankheitsfälle und 1117 Krankheitstage, bei den Alkoholikern dagegen schon auf 44,5 Krankheitsfälle und 1047 Krankheitstage.

Auch in der Unfallstatistik stehen die Alkoholiker äußerst ungünstig. Auf 1000 je ein Jahr lang beobachtete männliche versicherungspflichtige Personen entfallen bei der Allgemeinheit 82,0, bei den Alkoholikern aber 229,6 Unfälle (einschließlich Betriebsunfälle) bis zu 28 Tagen Dauer; das sind auf die Alkoholiker 146,6 oder 180 Prozent Fälle mehr. Unfälle mit über 28 Tagen Dauer entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 15,4, auf die Alkoholiker 53,4, das sind auf die Alkoholiker 38 oder 246,7 Prozent Fälle mehr. Ferner kamen Betriebsunfälle mit bis zu 28 Tagen Dauer auf 1000 ein Jahr beobachtete Personen: bei der Allgemeinheit 32,1, bei den Alkoholikern 86,2, das sind auf die Alkoholiker 54,1 oder 168,5 Prozent Fälle mehr. Betriebsunfälle mit über 28 Tagen Dauer entfallen auf die Allgemeinheit 9,6, auf die Alkoholiker 30,1, demnach auf letztere 20,5 oder 213,5 Prozent Fälle mehr.

Bei den Unfällen bis zu 28 Tagen Dauer kamen auf 1000 ein Jahr beobachtete Personen der Allgemeinheit 927, auf 1000 Alkoholiker dagegen 2698 Krankheitstage, das ist auf die Alkoholiker ein Mehr von 1771 Tagen oder 191 Prozent. Bei den Unfällen mit über 28 Tagen Dauer entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 857, auf 1000 Alkoholiker aber 3095 Krankheitstage, das ist auf die Alkoholiker ein Mehr von 2238 Tagen oder 261,1 Prozent. Bei den Betriebsunfällen bis zu 28 Tagen Dauer entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 393, auf die Alkoholiker 1083 Krankheitstage, demnach auf die Alkoholiker ein Mehr von 690 Tagen oder 175,3 Prozent. Bei den Betriebsunfällen mit über 28 Tagen Dauer entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 548, auf die Alkoholiker aber 1794 Krankheitstage, das ist ein Mehr von 1246 Tagen oder 227,4 Prozent.

Ueber 13 Wochen dauernde Betriebsunfälle entfielen auf 1000 ein Jahr lang beobachtete Personen: bei der Allgemeinheit 1,98, bei den Alkoholikern 6,4, das sind auf die Alkoholiker 4,42 oder 223 Prozent über 13 Wochen dauernde Unfälle mehr. Tödliche Betriebsunfälle entfielen auf 1000 je ein Jahr lang beobachtete Personen: bei der Allgemeinheit 0,25, bei den Alkoholikern 0,41, bei den Alkoholikern also 0,16 oder 64 Prozent mehr.

Verteilt man die Alkoholiker auf bestimmte Altersklassen, so zeigt sich, daß der höchste Prozentsatz von ihnen auf die Jahre des reifen Mannesalters entfällt. Von 100 beobachteten Alkoholikern standen 4,4 im Alter von 15 bis 24, 25,4 im Alter von 25 bis 34, 39,3 im Alter von 35 bis 44, 22,2 im Alter von 45 bis 54, 7,4 im Alter von 55 bis 64 und 1,3 im Alter von 65 Jahren und darüber.

Der prozentuale Anteil der einzelnen Altersklassen an Krankheitsfällen, Krankheitstagen und Todesfällen ist sehr verschieden, und zwar findet von den niederen zu den höheren Klassen eine außerordentlich starke Steigerung statt. So entfallen zum Beispiel in der ersten Altersklasse auf 100 beobachtete Personen 65,7, in der zweiten 97,3, in der dritten 119,6, in der vierten 127,0, in der fünften 149,0 und in der sechsten 209,0 Krankheitsfälle. Auch bei der Allgemeinheit tritt zwar bei den höheren Altersklassen eine Steigerung ein, doch ist hier die niederste Zahl nur 36,4 und die höchste 71,3. Die Alkoholiker weisen demnach an Krankheitsfällen in der niedersten Klasse das 1,8fache, in der höchsten aber das 2,93fache der Allgemeinheit auf, ein Beweis, daß sich die gefährlichen Wirkungen des Alkoholmißbrauchs mit der Dauer dieses Mißbrauchs fortgesetzt steigern. Bei den Krankheitstagen entfällt auf die Alkoholiker in der untersten Altersklasse das 1,48fache und in der höchsten das 2,6fache der Allgemeinheit. Bei den Todesfällen haben die Alkoholiker zwar an und für sich auch noch eine starke Steigerung; im Vergleich zur Allgemeinheit nimmt diese aber ab, und zwar beträgt sie in der untersten Altersklasse das 2,3fache, in der höchsten dagegen nur noch das 1,3fache der Allgemeinheit.

Alles in allem gibt das großangelegte Tabellenwerk so erschreckende Beweise von der Gefährlichkeit des übermäßigen Alkoholgenusses, daß die Arbeiterorganisationen alle Ursache haben, im Kampfe gegen den Alkoholismus nicht zu erlahmen. Wer die Zahlen dieses Werkes studiert hat, der muß zugeben, daß der Kampf gegen den Alkoholmißbrauch eine Kulturbewegung ersten Ranges ist. (Die Neue Zeit.)

Die Zustände im deutschen Fabrikwohnungswesen.

Unter diesem Titel erschien soeben im Verlage der Generalkommission eine Broschüre, in der Wilhelm Jansson die Ergebnisse einer statistischen Erhebung aus dem Jahre 1907/08 veröffentlicht. Die Veranlassung zu dieser Erhebung war durch eine vom Kölner Gewerkschaftskongreß gefaßte Resolution gegeben, die insbesondere betonte, daß trotz des § 115, Absatz 6 der Gewerbeordnung, das Trucksystem in bester Blüte stehe, allerdings immer so, daß gesetzlich ein Verstoß nicht vorliegt. Die Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwangs, die diese Arbeiten einleitete, wurde hier vor ein vollständig unbekanntes Gebiet gestellt und hatte somit mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen.

Die Broschüre zergliedert sich in drei Hauptabschnitte. Der erste Teil bringt das statistische Material, das im zweiten Teil durch ausgezeichnete Milieuschilderungen und im Schlußkapitel durch Abdruck einer ganzen Reihe von Mietsverträgen und Hausordnungen wirksam ergänzt wird. Insgesamt sind 3086 Fragebogen eingelaufen von den verschiedensten Industriegruppen; den Hauptanteil haben die Bergarbeiter mit 1552 und die Glasarbeiter mit 1081 Fragebogen. Die Zahl der untersuchten Wohnungen betrug 3066, die sich auf 118 Betriebe mit 48 802 oder im Durchschnitt auf 413,6 Arbeiter verteilen, wovon in Werkwohnungen 78,6 Arbeiter wohnen. Zur besseren Uebersicht wurden die beteiligten Betriebe in 7 Gruppen gegliedert. Im Prozentverhältnis entfallen untersuchte Wohnungen auf: Bergbau 50,06 Prozent, Glasindustrie 35,22 Prozent, Textilindustrie 6,07 Prozent, Metallindustrie 2,22 Prozent, Städtische Betriebe 1,04 Prozent, Ziegeleien 3,43 Prozent, Verschiedene Betriebe 1,96 Prozent. Außerordentlich zu bedauern ist, daß die Textilbranche so minimal an dieser Erhebung beteiligt ist, da auch in ihr dieses System viel anzutreffen ist.

Bei Beurteilung der Frage, ob eine Wohnung den Anforderungen entspricht, die man vom Standpunkt der Gesundheitslehre aus stellen muß, wird in erster Linie die Größe der Wohnung eine entscheidende Rolle spielen. Die Hygieniker haben dafür bereits die verschiedensten Forderungen gestellt. So Dr. Kurella, der in seinem Werk: Wohnungsnot und Wohnungsjammer für eine Familie von 4—6 Köpfen eine Wohnung von 3 Zimmern, 2 Kammern und Küche fordert mit einem Luftraum von 250 Kubikmeter bei 68 Quadratmeter Bodenfläche. Dr. Erismann kommt zu einer ähnlichen Forderung und vertritt den Standpunkt, daß auch die bescheidenste Wohnung aus Stube, Schlafzimmer und Küche bestehen soll. Der Anforderung Dr. Kurellas auf die Anzahl der Zimmer entsprechen nur 6,66 Prozent der Wohnungen. Selbst die bescheidenen Anforderungen, die die sächsische Ministerialverordnung vom 30. September 1906 in der Wohnungshygiene stellt, nämlich, daß als Mindestmaß für eine Familienwohnung ein gut heizbarer Wohnraum und Schlafraum mit insgesamt 30 Quadratmeter Bodenfläche, ungerechnet der Küche, gelten müsse, genügen von 3033 Wohnungen nur 71,48 Prozent. Wenn man als Flächeninhalt für die Küche nur 15 Quadratmeter fordert, so genügen von 2868 als Küche bezeichnete Räume nur 560 diesen Anforderungen. Unter Berücksichtigung, daß außer der Kochmaschine auch noch eine Reihe von Möbelstücken in der Küche Aufnahme finden, ist die Tatsache, daß nicht weniger als 57 Prozent aller Küchen noch weniger als 12 Quadratmeter Fläche aufweisen, als genügender Beweis dafür anzusehen, daß diese Räume zum dauernden Aufenthalt für Menschen nicht geeignet sind. In Arbeiterkreisen bildet die Küche den ständigen Aufenthaltsort der Familie, insbesondere aber im Winter, da der Geldbeutel des Arbeiters die Heizung der ganzen Wohnung nicht verträgt. Neben der Größe, resp. der Bodenfläche der Wohnung ist von ausschlaggebender Bedeutung auch die Höhe der Räume. Die schon angezogene sächsische Verordnung fordert für alte Häuser als Mi[illegible] 2,50 Meter, für neue Häuser 2,85 Meter. In einem Entwurf für ein Reichswohnungsgesetz begnügt sich v. d. Goltz mit 2,80 Meter. Die Tatsache aber, das selbst in Fabrikwohnungen von 10 403 untersuchten Räumen rund 56 Prozent eine Höhe von 3 Meter und darüber hatten, beweist, daß die aufgestellten Forderungen zu gering sind. Wenn der Verfasser, gestützt auf diese Forderungen, nur 3 Meter für einen Raum fordert, so ist dieses immerhin noch bescheiden, zumal Dr. Kurella zum mindesten mit 3½ Meter rechnet. Immerhin genügen auch den bescheidenen Ansprüchen Janssons 44 Prozent der Wohnungen nicht. Unter diesen befinden sich noch 2 Prozent, die selbst der v. d. Goltzschen Anforderung von 2,50 Meter nicht genügen. Kein gutes Resultat ergeben auch die Fragen nach den Nebengelässen, nach Bad, Waschküche, Trockenboden usw. Bemerkenswert ist, daß in sämtlichen 3033 Wohnungen nur in 82 oder 2,7 Prozent sich eine Badegelegenheit befindet. Dieses Resultat ist, im allgemeinen genommen, noch als günstig zu bezeichnen; ein anderes Bild gewinnt man aber, wenn man betrachtet, daß 1534 Bergarbeiterwohnungen nur 3 Badevorrichtungen haben. Als eine bedauerliche Erscheinung muß ferner konstatiert werden, daß in 74,4 Prozent sämtlicher Wohnungen die Waschküche fehlt, und die meisten Arbeiterfrauen gezwungen sind, in der Küche zu waschen. — Ein weiteres Kapitel des Werks bildet die Beleuchtung und Heizung der Räume. Als ausreichende Belichtung fordert Rubner eine Fensterfläche (ohne Fensterrahmen) im Verhältnis zur Bodenfläche wie 1 : 5. Die Fragestellung läßt nur einen Vergleich inkl. der Fensterkreuze zu; dabei genügten 2347 Räume dieser Anforderung nicht. Bemerkenswert ist, daß die Glasindustrie mit 53,4 Prozent an dieser schlechten Belichtung beteiligt ist. — Eine schwere Anklage gegen die Fabriken und Werkbesitzer bildet der Abschnitt über die Bevölkerung der Wohnungen. Den Forderungen Dr. Kuralles genügen nur 3,49 Prozent der untersuchten Wohnungen, und den bescheidenen Forderungen der sächsischen Bauordnung nur 25,93 Prozent. In einer Berner Wohnungsenquete verlangt Landolf für die unteren sozialen Schichten 88 Kubikmeter pro Wohnung, eine ganz bescheidene Forderung, die aber in 11,48 Prozent der Wohnungen nicht erfüllt werden konnte. Dem Maßstab v. d. Goltz auf 105 Kubikmeter entsprechen nur 72,05 Prozent der Wohnungen. — Die Mietpreise der Fabrikwohnungen sind allgemein niedriger, wie die der Privatwohnungen am Orte, jedoch nicht so wesentlich, wie vielfach angenommen wird. Der Verfasser hat an der Hand der bekannten Buchdrucker-Enquete im Reiche Vergleiche gezogen. Die billigere Miete wird aber in den meisten Fällen dadurch aufgewogen, daß der Mieter zu sämtlichen Reparaturen verpflichtet ist. Es spricht Bände für das feudale Herrentum der Fabrik, wenn in nicht weniger als 92,97 Prozent der Wohnungen die Verträge die Bestimmungen enthalten, daß nur an im Betrieb Beschäftigte abvermietet werden darf, daß in den meisten Fällen die Kinder über 14 Jahren aus der Gemeinschaft der Familie ausgestoßen werden müssen, sofern sie nicht Lust haben, an der Arbeitsstelle ihres Vaters tätig zu sein. Was den Fabrikwohnungen aber besonders den Stempel moderner Sklaverei aufdrückt, ist die Form der Lösung des Mietsvertrags. Bei 3009 von 3033 untersuchten Wohnungen müssen die Arbeiter die Wohnung mit Lösung des Arbeitsverhältnisses räumen, viele Verträge bestimmen, daß mit dem Tage der Entlassung gleichzeitig die Wohnung geräumt werden muß, andre in 24 Stunden oder 3 Tagen; bei Streiks muß die Wohnung unverzüglich geräumt werden, selbst wenn die Miete für den laufenden Monat bezahlt ist.

Einzelne Randbemerkungen an den Fragebogen bieten eine treffliche Illustration zu dem Begriff der „Arbeiterwohlfahrt". Der Lohn haftet in allen Fällen für die Miete, und sogar die ganze Familie ist mit ihrem Einkommen hierfür dem Fabrikherrn verpflichtet. Die Klagen über schlechte Schulen kehren häufig wieder.

Es wäre die höchste Zeit, daß die Regierungen dieser Sache mehr Aufmerksamkeit widmen würden als bisher, und vor allen Dingen die Verquickung des Arbeitsverhältnisses mit dem Mietsverhältnis unmöglich machte. Der Zwang, die eignen Kinder den Unternehmern zu jeder Zeit zur Verfügung zu stellen, ist beschämend für jeden Staat, der Anspruch darauf macht, in der Reihe der Kulturländer gnannt zu werden.

Literarisches.

Deutsche Rundschau für Geographie. Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner herausgegeben von Prof. Dr. Hugo Hassinger. 33. Jahrgang 1910/1911. (A. Hartlebens Verlag in Wien, jährlich 12 Hefte zu 1 Krone 25 Heller = 1 Mark 15 Pfennig. Pränumeration inklusive Franko-Zusendung 15 Kronen = 13 Mark 50 Pfennig) Heft 1.

Der Ideenkampf gegen den Sozialismus. Letztes Heft der Broschürenserie Parvus: Der Klassenkampf des Proletariats. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Das soeben erschienene Heft hat folgenden Inhalt: Die göttliche Weltordnung — Das Malthusische Gesetz — Die neue Beweisführung — Die freie Konkurrenz — Rechtfertigung der Kapitalistenklasse — Die Sparsamkeit — Die Verschwendung — Die Unternehmertätigkeit — Die Unternehmerinitiative — Die „Faulheit" der Arbeiter — Die „Roheit" des Proletariats — Die Abtötung der Religion — Das nationale Argument — Die Zerstörung der Familie — Die Zwangserziehung — Die Organisationsschwierigkeiten — Die Abschaffung des Privateigentums — Das Erbrecht — Die Handwerker- und Bauernfrage — Der Handel und die Kaufmannschaft — Berufswahl und soziale Gleichheit — Die revolutionäre Methode.

Preis 20 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteure.

Dr. B. Lindemann, Die Erde. Eine allgemeinverständliche Geologie. Band I: Geologische Kräfte. In 8 bis 10 Lieferungen zu je 80 Pfg. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Franckhsche Verlagshandlung), Stuttgart.

Der erste Band entwickelt die Grundbegriffe der Geologie, gibt Schilderungen der einzelnen Weltalter und ihrer Tier- und Pflanzenwelt, berichtet über Werden und Vergehen der Gesteinswelt, wie sie in den Erdbebenerscheinungen, im Vulkanismus, in den Wirkungen von Wind und Wasser ihren Ausdruck finden usw. usw. — Der zweite Band bietet die erste umfassende Geologie der deutschen Landschaften auf wissenschaftlicher Grundlage.

Die vornehme Ausstattung sei besonders hervorgehoben!

Arbeiter-Notizkalender 1911 ist soeben zur Ausgabe gelangt beim Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Der Arbeiter-Notizkalender erfreut sich seit vielen Jahren großer Beliebtheit in den Kreisen der organisierten Arbeiter. Alle berechtigten Anforderungen, die ein Arbeiter an ein Taschenbuch stellt, sind erfüllt. Der Kalender gibt Auskunft über alle Adressen, die für den Arbeiter von Wichtigkeit sind. Ein umfangreicher Tageskalender sowie ein Notizbuch sorgen dafür, daß er sich alle Veranstaltungen, die ihn interessieren, notieren kann. Der sonstige Inhalt ist lehrreich und interessant für jedermann. Besonderem Interesse werden die Porträts der seit Erscheinen des vorigen Kalenders neugewählten acht sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten begegnen. Der Preis des dauerhaft gebundenen Taschenkalenders beträgt 50 Pfg. Alle Parteibuchhandlungen, Speditionen und Kolporteure haben ihn vorrätig.